

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierten Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Rotations-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 9. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Drill um jeden Preis.

Man schreibt uns:
 h. Die Herren Berufsmilitärs haben zwar anfangs so
 getan, als ob der Boerenkrieg sie in ihrer bisherigen Ueber-
 zeugung hinsichtlich Kriegsführung und Erziehung der Soldaten
 nicht im geringsten erschüttern könne, aber allmählich dämmert es
 ihnen doch auf, daß die kriegerischen Ereignisse in Südafrika sehr der
 Beachtung wert sind. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß die
 Engländer gar nicht wenig nach deutschem Muster verfahren,
 daß sie ihre mißglückten Angriffe in ähnlichen Formationen,
 wie sie in der deutschen Armee üblich sind, versuchten und
 dabei im Anfange des Krieges furchtbare Prügel bekamen.
 Und dazu gefestigt sich noch die leidige Thatsache, daß die
 Prügel nicht einmal von einer regelrechten Armee, sondern
 von Bauernhaufen verabreicht wurden, die von einem Parade-
 marsch und von Gewehrgriffen keine Ahnung haben. „Die
 Neue“ befaßt sich mit dem, als vortreffliche Augen,
 eine sichere Hand und ihren natürlichen Menschenverstand.
 So ist denn der Glaube an die Wunderwirkung des
 Parade-drills, der schürgerade gerichteten Glieder und
 der Gewehrgriffe etwas ins Wanken gekommen. Wer aber
 hofft, daß nunmehr sich auch in der Armee Stimmen gegen
 den Drill überhaupt erheben müßten, kennt die
 deutsche Armee schlecht. Nein, der Ruf nach Drill erschallt
 mit ungebrochener Kraft weiter, ja es ist beinahe so, als
 ob er sich noch heftiger bemerkbar machen würde, nur wird für
 den Drill ein neues Gebiet ausgefüllt. Es soll nämlich
 künftig zwar weniger für die Parade, aber mehr für die
 Schlacht gedrillt werden, also der Gegenstand des Drills
 das Verhalten im Gefecht werden. Wie man früher
 das Uebernehmen und Prästieren des Gewehres, Luksus
 und Rechtsam „bis zur Bewußtlosigkeit“ übte, so soll fortan
 das, was der Mann im Gefecht zu thun hat, Vorwärtslaufen,
 Niederknien, Hinlegen, Aufstehen, rasch und langsam feuern
 auch „bis zur Bewußtlosigkeit“ eingepaukt werden.

Gegenüber einer solchen Forderung weiß man fast nicht
 mehr, was man sagen soll, denn es ist wirklich unsäglich,
 daß man in der deutschen Armee auch angesichts des Boeren-
 Krieges nicht einsehen will, daß das moderne Gefecht und der
 Drill absolut nicht zusammenpassen. Das moderne Gefecht
 erfordert Selbständigkeit, Selbstvertrauen und auch die Lust
 zu selbständigem Handeln, der Drill aber macht die Leute
 stumpfsinnig, unselbständig und raubt ihnen das Selbst-
 vertrauen. Was man drillt, ob Gewehrgriffe oder Aufstehen
 und Hinlegen, ist dabei gleichgültig. Die verdummende Wirkung
 des Drills ist ja auch sehr leicht einzusehen: Denn wenn ein
 Mensch stundenlang wie eine Puppe nach dem Kommando eines
 andern arbeiten muß, wenn ihm jeder Plunder extra be-
 fohlen, jede Bewegung, und wäre es auch die natürlichste,
 zum Beispiel marschieren, genau vorgeführt wird, wenn
 er weiter für die geringste Abweichung von diesen Vorschriften
 harte Rügen, ja sogar Strafen zu gewärtigen hat, so muß er
 interesselos werden, er muß den Unternehmungsgeist, die
 Selbständigkeit und das Selbstvertrauen verlieren. Der
 Boerenkrieg aber hat gezeigt, wie notwendig und ausschlag-
 gebend die Selbständigkeit des einzelnen Schützen
 im modernen Gefecht ist. Der Boer wußte sein
 Gewehr allein zu handhaben. Er wußte von selbst
 wann er mit Erfolg schießen konnte, welches Visier er an-
 wenden mußte. Kurz er schoß, wenn wir uns so ausdrücken
 dürfen, mit Verständnis. Das Schießen mit Verständnis ist
 aber da unmöglich, wo der Drill herrscht, denn hier wird
 dem Soldaten jede Kleinigkeit kommandiert, ehe er handeln
 darf. h. er wird künstlich unselbständig gemacht. Der
 Offizier wird hier förmlich zur Rindsmagd, indem er den
 Schützen das Visier angiebt und auch sagt, ob er langsam
 oder schnell feuern soll. Zu welchen Situationen dies führen
 kann, zeigt eine Episode aus dem Chinaguz, die der Lieutenant
 Frhr. v. Stengel in seinem Aufsatz „Mit dem Detachement Ledebur
 zum Tschangschönn-ling“ (Nr. 44 und 46 des „Militär-
 Wochenblattes“ 1902) erzählt: „In weitem Halbkreis um
 uns“, schreibt Herr von Stengel, „sah man auf große Ent-
 fernungen den feuernden Gegner; etwas halbrechts, von uns
 durch eine tiefe Schlucht getrennt, lag auf einem Höhenrücken
 eine feindliche Abteilung von etwa 80 bis 100 Mann, hinter
 Felsblöcken und künstlichen Steinbrüstwehren gut gedeckt, in
 Gruppen von 10 bis 15 Mann gegliedert. Dieser Abteilung
 galt nun unser Feuer... Da auf dem Gipfel noch Platz
 war, rief ich noch einige von meinen Leuten herauf. Nun merkte
 ich aber zu meinem Entsetzen, daß der hier feuernde
 Zug mit Visier 750 (Meter) schoß. Jetzt begriff ich auch erst,
 warum das Feuer des ganzen Zuges so
 sehr langsam gewesen war, die Leute hatten gefühlt oder ge-
 nau, daß das Visier falsch war und hatten so nicht mehr
 schießen wollen. Als ich Visier 500 befohlen hatte, wurde es
 anders.“

Da haben wir es! Den Leuten war, wahrscheinlich von
 einem Unteroffizier, ein falsches Visier befohlen worden, sie
 merkten wohl, daß es falsch war, aber der heilige Drill forderte,
 daß sie weiterhießen. Und wäre der Lieutenant nicht zufällig
 dazu gekommen, so hätten sie wider besseres Wissen weiß Gott
 wie lange mit dem falschen Visier weitergefeuert. Solche
 Situationen waren bei den Boeren einfach unmöglich und
 zwar deswegen, weil sie an eine „Rindsmagd“, die ihnen das
 Visier angab, nicht gewöhnt waren. Wie selbständig der von
 allem Drill verschont gebliebene Boerenschütze war, geht aus

folgenden Auslassungen eines Deutschen, der auf der
 Boerenseite am Spionkop misshandelt, hervor: „Ferner wird bei
 den Engländern, wie bei uns, die Feuerart, die Feuerart,
 das Visier kommandiert, die Folge davon ist, daß
 sich jeder verpflichtet fühlt, zu feuern, ob er etwas
 sieht oder nicht, während der Boer bloß dann schießt,
 wenn er den Gegner treffen kann. Er schießt auch nicht,
 wenn der Gegner schießt, sondern benützt die eintretenden
 kleinen Feuerpausen, um zu schießen, sobald er einen Kopf
 sieht. Ist das Feuer des Gegners sehr heftig, so liegt er mit
 dem Kopf am Erdboden hinter seiner Klippe und wartet ab,
 beobachtet zeitweise — von einer zufällig zusammenliegenden
 Gruppe immer nur einer — und hat immer sein Gewehr
 fertig, um blitzschnell in den Anschlag zu gehen und zu
 schießen.“

Wir erinnern weiter daran, wie die Boeren die Brigade
 Woodgate, die sich auf dem Spionkop festgesetzt hatte,
 angriffen und vertrieben. Sie brachten dazu keine lang-
 wierige Disposition, keine „schneidigen“ Kommandos, keine
 exakten Evolutionen, sondern in ganz kleinen Abteilungen,
 wie sie der Zufall ergab, eilten sie aus ihrem nördlich
 vom Spionkop gelegenen Hauptlager herbei und näherten
 sich unter sorgfältiger Ausnutzung jeder Deckung dem Gegner.
 Sie machten es eben so, wie es ein Mensch macht, dessen
 gesunder Menschenverstand und natürliche Schlauheit durch
 keinerlei Drill beeinträchtigt ist. Käme eine deutsche
 Truppe jemals in die Lage der Boeren am
 Spionkop, so würden die Schützen höchstwahrscheinlich
 nicht selbständig vorgehen, sondern die Mann-
 schaften und Unteroffiziere würden warten, bis der Herr
 Lieutenant da ist, der Herr Lieutenant würde auf den Befehl
 des Herrn Hauptmanns warten, der Herr Hauptmann auf
 den des Herrn Majors usw. Und im Gefecht würden die
 Mannschaften wieder darauf warten, welches Ziel der Herr
 Lieutenant oder der Herr Hauptmann angiebt, welches Ziel
 er bestimmt, welche Feuerart, ob schnell oder langsam, er be-
 fehlet. Wenn aber der Herr Hauptmann und der Herr
 Lieutenant toteschossen sind, was dann? Ja was dann ist, daran
 will man in der deutschen Armee absolut nicht denken. Denn dächte
 man daran, so müßte man sich sagen, wir sind mit unserem
 Drill auf dem Holzwege, denn wir erziehen mit ihm nur
 Parade-soldaten, aber keine selbständigen Schützen. Daher
 muß der Drill weg!“

Wie mangelhaft tatsächlich die Ausbildung der deutschen
 Truppen für das Gefecht ist, möge nachstehendes Bekenntnis
 eines noch aktiven preussischen Stabsoffiziers, des Oberst-
 lieutenants im preussischen Infanterie-Regiment Nr. 31,
 Freiherr von der Goltz, lehren. Dieser Herr
 veröffentlichte im 12. Heft des „Militär-Wochenblattes“
 1901 einen Aufsatz „Bilden wir unsre Infanterie aus
 zur Schlachten-Infanterie?“, in dem er unter anderem
 schreibt: „Dem wichtigsten Dienstzweig, dem Gefechts-
 dienst, dagegen wird gleiche Sorgfalt von seiten der Vor-
 gefetzten nur selten zugewendet. Die Folge davon ist,
 daß sogar die Führer selbst, vor allem die Zug- und
 Gruppenführer, oft nicht einmal die Kommando-
 sprache beherrschen. So etwas kommt beim Schulerzieren
 niemals vor. Jeder kennt die Kommandos für Griffe und
 Wendungen im Schlaf, aber ein Kommando zur Abgabe
 des Feuers bedarf nicht selten zuvor einer zeit-
 raubenden Ueberlegung. Der Auftrag an
 einen Unteroffizier, eine Gruppe Freiübungen vorzuführen,
 wird überall erfüllt werden; dagegen wird der Auftrag,
 mit seiner Gruppe die Feuer- und Anschlagarten mit
 wechselnden Visieren und in verschiedenen Körperlagen zu
 kommandieren, nicht selten dem Betreffenden in große Ver-
 legenheit bringen.“

Wenn es so bei den Unteroffizieren ausfällt, kann man
 sich vorstellen, wie es bei den Mannschaften beschaffen ist.
 An einer andern Stelle sagt Herr von der Goltz: „Nur
 um ein Beispiel anzuführen: Welchen großen Wert legen
 wir auf die Einzelbesichtigung in der Exercierschule und
 welchen geringen Wert auf die weit wichtigere
 Besichtigung der Gefechtschule? Der Haupt-
 mann, welcher uns gute Griffe und wohlgeübte Marsch-
 bewegungen zeigt, ist einer guten Qualifikation sicher, auch wenn es
 ihm nicht möglich ist, auf 800 Meter gegen ein kriegs-
 mächtiges Ziel mit seiner Compagnie auch nur Durchschnitts-
 resultate zu erschießen. Die Compagnie, welche gelegentlich
 einer Ehrenbezeugung die Parade — im kräftigsten Gegen-
 satz zu den Forderungen des Exercierreglements I. 4 —
 am höchsten wirft, gilt als besonders durchgebildet,
 auch wenn sie gleich darauf bei einem Marsch
 aus drei Reilen 30 Mann als schlapp im Chausseegraben
 liegen läßt.“

So sehen also die „Erzungen“ des preussischen
 Militärsystems, das angeblich das beste der Welt ist, aus.
 Da war „das Militärsystem der Boeren“, wenigstens was die
 Heranbildung der Schützen anbelangt, doch viel, viel besser.

Politische Ueberläßt.

Berlin, den 8. Juli.

Das fiskalische Interesse an den Agrarzöllen.

Wir haben kürzlich die Zahlen angegeben, die zeigten, in welch
 umfangreicher Weise die Deutschen für Steuern infolge ihres großen
 Landbesitzes an den Agrarzöllen beteiligt seien. Andererseits ist

wiederholt auch auf das große fiskalische Interesse des Reiches und
 der Einzelstaaten an den Zollrückstellungen hingewiesen worden. Nicht
 beachtet worden aber ist bisher, daß der Fiskus nicht nur unter dem
 Gesichtspunkt der Finanzzölle gewaltigen Vorteil von der
 erhöhten Belastung der Konsumartikel der Massen zieht, sondern auch
 unter dem Gesichtspunkt des Schutzes als Landbesitzer durch die
 Verteuerung der Bedarfsartikel profitiert.

Die mehrfach erwähnte neue Jahrbücher Statistik über „Die
 Finanzen der deutschen Bundesstaaten“ giebt über den Schutzzoll-
 gewinn der Einzelstaaten Auskunft. Für den Domänen- und
 Forstbesitz des Reiches selbst sind in dieser Aufstellung
 keine Nachweise vorhanden. Ebenso fehlen die Angaben für
 Bayern. Die andern Bundesstaaten aber besitzen zusammen an
 Domänen 790 278 Hektar und an Forsten 4 768 140 Hektar. Voran
 marschieren Preußen mit 836 153 Hektar Domänen und 2 815 302 Hektar
 Forsten. Es folgt — nach dem Umfang des Domänenbesitzes —
 Mecklenburg-Strelitz mit 160 839 Hektar Domänen und 43 200
 Hektar Forsten, alldann Mecklenburg-Schwerin mit 66 001 Hektar
 Domänen und 104 079 Hektar Forsten. Demgemäß haben die
 Einzelstaaten (ohne Reich) eine höchst beträchtliche Einnahme
 aus diesem Staatsbesitz. Ihre Jahreserlösnahmen (Bayern aus-
 geschlossen) betragen aus Domänen 132 215 700 M. = 3,16 Proz.
 der Gesamteinnahmen, aus Forsten 92 165 700 M. = 2,22 Proz.
 der Staatseinkünfte. Preußen bezieht aus Domänen und Forsten
 104 911 400 M. = 3,95 Proz. der Gesamteinkünfte, in Mecklenburg-
 Strelitz werden 48,87 Proz. der Gesamteinnahme aus dem Staats-
 besitz gezogen, in Schwarzburg-Sondershausen 43,91 Proz., in
 Mecklenburg-Schwerin 21,84 Proz.

Im ganzen Deutschen Reich betrug die landwirtschaftliche Fläche
 92 517 941 Hektar, die forstwirtschaftliche Fläche 7 582 276 Hektar.
 Es sind also 2,24 Proz. der landwirtschaftlichen Fläche und
 61,56 Proz. der forstwirtschaftlichen Fläche Eigentum der Einzel-
 staaten. Dabei ist der Prozentsatz der Domänen noch etwas zu
 niedrig angegeben, da Bayern nicht eingerechnet ist. Unter anderem
 wird mithin mehr als die Hälfte der gesamten
 Vorteile an den Holzschlägen von dem Fiskus ge-
 schluckt!

Man begreift nun vollends, warum der Bundesrat entgegen
 den Interessen des Volkes und dem Gange der wirtschaftlichen
 Entwicklung die Politik des Zollwunders fördert. Die Einzelstaaten
 sind ja selbst Grundbesitzer allergrößten Stils. Somit schöpfen alle
 aus der riesigen Holzschüssel: Das Reich braucht die Zolleinnahmen
 für Heer, Flotte und Weltpolitik. Die Großgrundbesitzer ziehen aus
 der Verteuerung der Preise erhöhte Rente. Und endlich treten die
 Einzelstaaten als Magnaten auf und füllen den Säckel aus den
 gesteigerten Beträgen der Domänen und Forsten. Das Volk aber
 muß hundert die Schüssel füllen, aus der Reich, Staat und Privat-
 kapitalisten sich mästen.

Im Dienste der Centrumspolitik und des Brothuchers.

Man schreibt uns:

Daß die christlichen Gewerkschaften im Dienste der Centrum-
 politik, selbst der ausgesprochen arbeiterscheißlichen, mißbraucht
 werden, das hat eskalant der christliche Gewerkschaftskongreß bewiesen.
 So sehr stellt das Centrum diese Vereinigungen in den Dienst seiner
 Interessen, daß man die Zertrümmerung einer christlichen Gewerk-
 schaft und an deren Stelle eine Neugründung beschloß. An der
 guten Bestimmung der Gewerkschaftsangehörigen, die durch diesen
 christlichen Beschluß betroffen werden, zweifelt niemand, ist
 es doch gerade diejenige Gewerkschaft — christlicher Metallarbeiter-
 Verband —, welche die von Druck und Geldbesitz besessene
 Realpolitik belämpfte, positiv christliche Gewerkschaften forderte und
 welche zu unterstützen die Geistlichen durch bischöfliches Schreiben
 aufgefördert wurden. Das konnte sie in den Augen der Centrum-
 politiker jedoch nicht retten, der Vorstehende des Verbandes, Wieber-
 Duisburg, hatte unter Zustimmung der Verbandsmitglieder gegen
 die Centrumspolitik — gegen Grundbesitzer-Interessen gefündigt,
 und darum durfte der bekante Druck den Stab über Wieber und
 die gesamte Organisation brechen, natürlich unter Verschweigung des
 wirklichen Beweggrundes. Wieber sollte etliche seiner christlichen
 Kollegen beleidigt haben, damit wurde der Standa begründet.

Welches die treibenden Kräfte bei diesem ohne Beispiel da-
 stehenden Schauspiel sind, ist klar, wenn man die Ereignisse Revue
 passieren läßt. Da das Centrum für den Buchertarif eintrat,
 speziell für die Getreide-Ueberzölle, ist es weiter nicht verwunderlich,
 daß die meisten Führer christlicher Gewerkschaften ebenfalls zoll-
 begeistert waren, denn nicht die Einsicht, sondern der blinde
 Glaube an die Centrumspolitik als religiöse Pflicht macht bei
 den Christlichen fast ausnahmslos die politische Ueberzeugung
 Trost und merkten die Centrumpolitiker und Agenten der Groß-
 grundbesitzer unter den christlichen Gewerkschaftsführern bald, daß es
 ein Spielchen mit dem Feuer sei, den Buchertarif in den Gewerkschaften
 zu besprechen. In den politischen Vereinigungen ließ man die
 Gegner der Ueberzölle nicht zu Worte kommen und in den
 Gewerkschaften wurde die Behandlung der Zollfrage einfach ver-
 boten! Der Ausschuss des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften
 wurde zusammengetrommelt und beschloß: Weil die Zollfrage eine
 politische Angelegenheit ist, darf dieselbe in den Gewerkschaften nicht
 erörtert werden! Was Handelskammern und andre wirtschaftliche
 Vereinigungen ausdrücklich als eine wirtschaftliche Angelegenheit
 reklassieren, eine Frage, zu der man in Blättern christlicher Gewerk-
 schaften vordem zu Gunsten der Großgrundbesitzer Stellung genommen
 hatte, erklärte man nun für politisch, um die Arbeiter an der Wahr-
 nehmung ihrer Interessen in dieser Frage zu verhindern.

Aber der Plan glückte nicht vollständig. Wieber, der Vor-
 sitzende des christlichen Metallarbeiter-Verbandes und Redacteur des
 Verbandsorgans erklärte offen, den Beschluß des Ausschusses erkenne

er nicht an, seine Pflicht sei es, die Interessen der Mitglieder des Verbandes zu wahren, weshalb er nach wie vor gegen den Zolltarif kämpfen werde. Und wieder ließ es nicht bei der Erklärung bewenden! Er charakterisierte es als Blasphemie, mit religiösen Phrasen für den Wuchertarif einzutreten; vom christlichen Standpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit sei der Lebensmittelpreis zu bekämpfen. Dabei wies er wieder auf die Arbeiterfeindschaft der Großgrundbesitzer hin, deren Beutel zu füllen der Ueberzoll bestimmt sei. Seinen gewerkschaftlichen Standpunkt präziserte er wieder dahin: Es ist ein Unsinn, im gewerkschaftlichen Kampfe mühsam winzige Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu erlangen, dann ruhig zuzusehen, wenn durch eine gesetzliche Maßnahme den Arbeitern die Frucht jahrelanger Arbeit zum Vorteil einer kleinen Gruppe wirtschaftlich weit über den Arbeiter stehender Interessenten entzogen werden soll.

Die Stellungnahme Wiebers führte zu einer heftigen Polemik zwischen diesem und den christlichen Führern Wiesberts und Brust. In dieser Polemik, in welcher auch Meinungsverschiedenheiten über die erwünschte Ausschüttung hineinspielten, sah Wieber seine Widersacher gerade nicht mit Glacehandschuhen, er sagte ihnen Liebenswürdigkeiten, die niemand gern hört. Das kam den Wiesberts und Brust gelegen. Aus taktischen Gründen ließ man die eigentliche Streitfrage: für und wider Zolltarif, in den Hintergrund treten, sagte Wieber der Beleidigung seiner christlichen Kollegen an. Wieber wurde aus dem Ausschuss des Gesamtverbandes ausgeschlossen, obwohl er erklärte, er habe nicht beleidigen wollen. Der Gesamtvorstand des Metallarbeiter-Verbandes erklärte sich mit Wieber solidarisch.

Mit dem Ausschuss Wiebers aus dem Ausschuss war nichts erreicht. Ebenso wie der Gesamtvorstand stand die ganze Mitgliedschaft fast einmütig hinter ihrem Vorsitzenden. Man beschloß daher im Kreise der Centrumpolitiker, einen Gegenverband zu gründen. Die damals schon nach dieser Richtung unternommenen Schritte blieben wegen des energischen Widerstandes, den man bei den christlichen Metallarbeitern fand, erfolglos. Da mußte nun der Gewerkschaftskongress helfen. Angeblich wege der von Wieber ausgestoßenen Beleidigungen wurde gegen denselben ein vollständiges Kesseltreiben inszeniert. Brust stellte die Kabinettsfrage, erklärte, selbst auch eine Wahl in den Ausschuss nicht anzunehmen, um sich ganz der Gründung eines neuen christlichen Metallarbeiter-Verbandes widmen zu können. Der Ausgang ist bekannt. Wieber wurde als Ausschussmitglied nicht wiedergewählt. Weiter beschloß man, einen neuen christlichen Metallarbeiter-Verband zu gründen. Diejenigen Mitglieder des bestehenden Verbandes, die sich diesem Beschluß nicht fügen, sollen von dem kollektiven Verkehr mit den übrigen christlichen Organisationen ausgeschlossen werden. — Terrorismus in höchster Potenz!

Offenkundiger, wie sich in diesem Falle zeigt, kann der Mißbrauch der christlichen Gewerkschaften für Centrumpolitik gegen Arbeiterinteressen nicht gut in Erscheinung treten. Daß die Zerstückelung einer Organisation notwendig ist, weil deren Vorsitzender angeblich andre christliche Führer beleidigt hat, das kann man nur den Blödesten unter den Blöden verschwindeln. Hier hat das Großgrundbesitzer-Interesse und die Centrumpolitik diktiert. Man darf gespannt darauf sein, wie die Mitglieder des christlichen Verbandes den Beschluß des Gewerkschaftskongresses aufnehmen werden.

Wie zu erwarten war, hat der Beschluß des christlichen Gewerkschaftskongresses, den christlichen Metallarbeiter-Verband durch Gründung eines neuen Verbandes zu zerstückeln, in den Kreisen der Verteilten große Erregung hervorgerufen. Eine Versammlung der Ortsgruppe Rall des genannten Verbandes nahm ebenso entschieden für Wieber und die bestehende Organisation wie gegen die Beschlüsse des christlichen Gewerkschaftskongresses, speziell gegen die Zolltarif-Freunde Brust und Wiesberts Stellung. In einer angenommenen Resolution werden die Mitglieder anderer Organisationen aufgefordert, demjenigen „Elementen“, die sich „Führer nennen“, aber „als parteipolitische Werkzeuge die Arbeiter-Interessen vernachlässigen und sogar mit Füßen treten“, den Laufpaß zu geben.

Das ist also eine offene Kriegserklärung der um Wieber gegen die Herren Brust, Wiesberts und ihre Hintermänner. Wenn der Kampf so weiter geht, dann dürften die brüderlichen christlichen Gewerkschaftsführer keine Freude an ihrem Scheitern erleben.

Deutsches Reich.

Die Nationalliberalen und das preussische Wahlrecht.

Für eine schleunige Änderung des preussischen Wahlrechts tritt nun auch die nationalliberale „National-Zeitung“ ein. Sie schreibt: „Aber wir meinen, daß es an der Zeit ist, im Hinblick auf die nächsten Wahlen die Forderung einer durchgreifenden Reform des preussischen Wahlrechts zu stellen, nicht bloß die der Neu-Einteilung der Wahlkreise. Der preussische Staat hat gegenwärtig das schlechteste Wahlrecht in der ganzen Welt, soweit es in dieser gewählte Volksvertretungen geht; sogar das sächsische, welches ihm vor einigen Jahren unter Zugrundelegung der Einteilung in drei Klassen nachgebildet worden und in Sachsen der Reaktion zur uneingeschränkten Herrschaft verholfen hat, ist noch ein wenig vernünftiger. Daß in Preußen die Konserverativen lediglich diesem Wahlrecht ihre gegenwärtige Machtstellung verdanken, kann keinem Zweifel unterliegen; eben deshalb kämpfen sie mit Hartnäckigkeit für dasselbe, obgleich sie es ebendamals als „plutokratisch“ und „mechanisch“ verurteilten und dem Fürsten Bismarck zuzuschreiben, als er es im Jahre 1867 das elendeste aller Wahlrechte nannte.“

Welches Wahlrecht die Nationalliberalen nun wollen, wird nicht gesagt. Es wird nur verraten, was sie nicht wünschen: nämlich das Reichstags-Wahlrecht. Die Nationalliberalen möchten auch ein plutokratisches Wahlrecht, aber eines, was mehr dem industriellen als dem agrarischen Kapital zu Gunsten wirkt.

Uebrigens meint auch die „National-Zeitung“, daß die jetzt bestehende Wahlordnung mißfällig ist. Sie bemerkt in dieser Hinsicht:

„Es ist keine leere Phraserei der Socialdemokratie, wenn dieselbe gegenwärtig den Zusammenbruch des preussischen Wahlrechts als Folge ihrer Beteiligung an den nächsten Landtagswahlen in Aussicht stellt. Es wird nämlich darauf hingewiesen, daß bei massenhafter Teilnahme an der Wahl der dritten Abteilung, in der jetzt in großen Städten nur eine verschwindend geringe Zahl der Wähler zu dem Wahlakt erscheint, dieser, zumal wenn die jetzt oft unterlassene genaue Befolgung aller Formalitäten verlangt würde, so lange dauern müßte, daß die Wähler zweiter und erster Abteilung das Ende nicht abwarten könnten.“

Doch einerlei, wie viel oder wie wenig Gewicht man diesen äußeren Schwierigkeiten beimessen will — das preussische Volk hat ebenso viel Recht auf ein vernünftiges Landtags-Wahlrecht, wie die andern Deutschen. Wenn alle Liberalen die Forderung einer durchgreifenden Wahlrechts-Reform in ihre Programme für die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf-

nehmen, so werden die Herren v. Löbell, v. Zedlitz und Genossen rasch die selbstbewußte Biene, hinter der sie bei der Verhandlung über den Antrag Barth (Neu-Einteilung der Wahlkreise) das politische böse Gewissen verborgen, einsehen; denn es ist unbestreitbar: die heutige Wahlstellung des Konserverativismus in Preußen beruht hauptsächlich auf dem „elendesten aller Wahlrechte“.

Es ist bemerkenswert, daß selbst die Nationalliberalen einsehen, daß es in Preußen nicht so weiter gehen kann. Der größte deutsche Bundesstaat hat heute kaum mehr politische Freiheit als Mecklenburg. Die Spottgeburt der finsternen Reaktion vor einem halben Jahrhundert beherrscht heute die Politik Preußens und mit ihr auch des Reiches.

Freilich, mit einem nationalliberalen Zeitungsartikel ist es nicht getan. Ebenso wäre es vergeblich, etwa eine „Wahlreform“ im liberalen Unternehmerrintesse zu versuchen. Eine Änderung des Wahlrechts und eine Ueberwindung der finsternen Stagnation kann nur erfolgen auf der Grundlage eines ehrlichen demokratischen Wahlrechts.

Die nächsten Landtagswahlen werden — darüber ist kein Zweifel — unter dem Zeichen der Wahlreform stehen. Auch die Liberalen werden alsdann Gelegenheit haben, den Geist ihres Wahlreform-Eifers zu erproben. Sie haben nichts weiter nötig, als ihren ganzen Kampf unter allen Umständen und mit allen Mitteln gegen die Konserverativen zu richten. Daran glauben wir aber nicht eher, als bis wir's sehen; denn Konserverative und Nationalliberale sind eben doch nur unzertrennliche Brüder, die gelegentlich auf einander eifersüchtig sind.

Die „Nat.-Sta.“, die auf dem linken Flügel der Partei ziemlich vereinsamt steht und trachtet, wird es schwerlich fertig bringen, die industriell-agrarisch-scharfmaacherische Gesamtpartei zu bekehren.

Eine Beschränkung der Redefreiheit für die Zolltarif-Kommission soll nach der Mitteilung eines Parlamentskorrespondenten des „V. L.“ wieder einmal geplant werden. Derselbe schreibt:

„In der Zolltarifkommission hat die wachsende Ausdehnung der socialdemokratischen Leben die Verformung geliebt, die Arbeit nicht rechtzeitig erledigen zu können. Gestern, Montag, nahmen die Ausführungen des Abg. Baubert in der fünfständigen Sitzung allein 213 Minuten, das heißt 3 Stunden 33 Minuten in Anspruch; die heutige Rede des Herrn beanpruchte anderthalb Stunden. Das hat dem selbst die Geduld des Centrums hart gepreßt und Erwägungen von Geschäftsordnungs-Bestimmungen hervorgerufen, durch die es möglich werden möchte, ohne die Rechte der Minderheit zu beschränken, eine Beschleunigung des Fortschritts der Beratungen zu erreichen. Innerhalb der Kommission stehen selbst Mitglieder, die sachlich nicht auf Seiten derer stehen, die jene Gedanken erwägen, diesen nicht direkt feindselig gegenüber, wenn sie sich auch bei einer Entscheidung diesen überlassen lassen. — Heute hat man schon lokalweise den socialdemokratischen Mitgliedern dahingehende Anbittungen und Mitteilungen gemacht. Andererseits fehlt es auch nicht an Warnungen vor jeder Ausnahme- oder Einschränkungsbestimmung, weil sie eine zweifelhafte und herausfordernde Maßregel wäre.“

Uns ist von diesen „loyalen Anbittungen und Mitteilungen“ bisher nichts bekannt geworden und wir nehmen an, daß der Korrespondent die Absicht verfolgt, den ruhigen Fortgang der Kommissionsberatungen durch einen Scherz zu beleben. Hierfür spricht die nicht able Vermerkung, daß die Beratungen beschleunigt werden sollen, ohne daß die Rechte einer Minderheit beschränkt werden. Dafür spricht weiter, daß der Korrespondent des freimüthigen Blattes liberale Kommissionsmitglieder beschuldigt, an der Reizung zur Obstruktion gegen die Redefreiheit Anteil zu haben. Endlich hätte in einer ernsthaften Behandlung der Sache nicht übersehen werden können, daß die Socialdemokraten sich mit allen Mitteln und erfolgreich gegen jede Einschränkung der Redefreiheit, richtete sich diese gegen die agrarischen oder gegen die industriellen Ueberzöllner, zur Wehr setzen würden.

Allerlei Zollmaßnahmen werden in dieser Zeit der politischen Sommerhitze verbreitet. So schreibt eine Korrespondenz:

„Ueber die Aussichten der Annahme des Zolltarifs ist zu sagen, daß in der zweiten Lesung die Zölle für Roggen und Weizen nach der Vorlage wiederhergestellt werden, dagegen der Getreidezoll nach den Beschlüssen der ersten Lesung bestehen bleibt. Obgleich die Regierung dazu definitiv Stellung noch nicht angenommen hat, hofft man jedoch, daß sich auf diese Weise ein Verständnis zwischen der Kommissionsmehrheit und der Regierung bezüglich der Getreidezölle erzielen lassen wird. Was die Industriezölle betrifft, so ist es ganz gewiß, daß die Regierung den Herabsetzungen, namentlich in der Textilbranche, nicht zustimmen wird. Falls die Mehrheit den Tarif nicht stürzen will, hat sie hier in der zweiten Lesung die Vorlage im großen und ganzen wiederherzustellen. Der gute Wille scheint in der Kommission dazu vorhanden zu sein, doch will man abwarten, ob die Regierung bei ihrem „Annehmbar“ betreffend die Herabsetzung der Industriezölle festbleibt. Nach allem ist zu hoffen, daß der Tarif in der 2. Lesung eine Gestalt gewinnt, die sowohl der Regierung wie der Kommissionsmehrheit genehm ist, freilich muß jede Seite der anderen Konzessionen machen. Was das Plenum an den Kommissionsbeschlüssen ändern wird, ist jetzt noch nicht abzusehen.“

Dieselbe Korrespondenz führt über den Fortgang der Beratung in der ersten Lesung der Kommission aus, daß in Kreisen, die der Zolltarifkommission nahe stehen, die Meinung obwaltet, die Kommission könne die erste Lesung nach dem augenblicklichen Stande der Sachlage ohne große Ueberbeteiligung bis zum 22. August gut erledigen, falls keine Komplikationen eintreten. Zu erledigen seien noch rund 400 Positionen, die sich in 14 Abschnitte gliedern. Von diesen 14 Abschnitten seien von Wichtigkeit, besonders der sechste Abschnitt: Leder, der 16. (Gold, Silber), der 17. (Eisen, Kupfer), der 18. (Machinen).

Reichstags-Vorbereitung. Während in Preußen die Anordnungen der Einzelressorts zum nächstjährigen Staatshaushalts-Etat beim Finanzministerium bis zum 1. September erfolgen können, müssen im Reich, da hier der Etat der Volksvertretung früher vorgelegt zu werden pflegt als in Preußen, die verschiedenen Verwaltungen ihre Forderungen für den nächstjährigen Reichshaushalts-Etat beim Reichsschatzamt bis zum 1. August einreichen. Die diesbezüglichen Arbeiten in den Einzelressorts des Reiches nähern sich deshalb, wie die „V. P. R.“ mitteilen, dem Abschluß. Seitens des Reichs-Schatzamtes wird auch in diesem Jahre in gewohnter Weise in die Prüfung der Ressortforderungen eingetreten werden. Es ist klar, daß, wenn, wie es jetzt der Fall ist, die Reichsfinanzen kein günstiges Aussehen aufweisen, die Prüfung noch schärfer als gewöhnlich vorgenommen werden muß. Man kann sicher sein, daß nur solche Forderungen schließlich im nächstjährigen Reichshaushalts-Etat erscheinen werden, die durchaus notwendig und dringlich sind.

Das ist die übliche Methode, die hohen Anforderungen eines künftigen Etats vorzubereiten. Man kennt diese sorgfältigen Prüfungen, die daraus eingerichtet sind, daß selbst die bewährtesten Parteien des Reichstags einige Abstriche machen dürfen!

Der rechte Weg. Der Centralvorstand der national-liberalen Partei hat an den einstigen Parteiführer Rudolf v. Bennigsen ein Telegramm geschickt, in dem es heißt:

„Der Centralvorstand hat die Einberufung eines allgemeinen Delegiertentages zum Herbst nach Eisenach beschlossen — durchdrungen von dem Vertrauen, daß der Gemeinwohl und das Gefühl der Verantwortlichkeit im nationalen und liberalen Bürgerthum in Stadt und Land lebendig genug sei, um auch in diesen schwierigen Zeiten den rechten Weg zu finden.“

Der „rechte Weg“ der Nationalliberalen hat immer tiefer in das agrarische Gestrüpp geföhrt, in dem aller Liberalismus erstikt wurde.

Die Nationalliberalen beabsichtigen nach der Eisenacher Tagung noch einen preussischen Delegiertentag in Hannover abzuhalten.

Ein Zeichen der fortdauernden Krise. Nach einer Hamburger Meldung betrug die Auswanderung über Hamburg im Juni 10 050 Personen gegen 9774 im Vorjahre. Im ersten Halbjahre wanderten 72 499 Personen aus gegen 47 226 im Vorjahre.

Reichstags-Diäten. Ein Privat-Telegramm aus München meldet uns: Die socialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat den Antrag eingebracht, den Etat für Reichszwecke und die Diäten für die Bundesratsvertreter so lange zu fixieren, als nicht auch der Reichstag Diäten erhält.

Soldatenmishandlung und Notwehr. Aus Kiel wird gemeldet:

Auf der Anlegebank saßen der Torpedomatrose Wolda und der Bootsmannsmatros Schäfer, beide vom Linien-schiff „Kaiser Wilhelm der Große“. Ersterer war in erster Instanz von der Anklage des thätlichen Angriffes freigesprochen, dagegen wurde er wegen Gehorsams-Verweigerung vor verammelter Mannschaft zu 2 Monaten Gefängnis, letzterer wegen Mißhandlung des Wolda zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt. Schäfer, welcher den Wolda schon mehrfach thätlich behandelt hatte, befaß ihm am 17. März, als die Mannschafts-Torpedos heften sollten, an abgeleiteter Stelle still zu stehen. Wolda that dies zunächst. Als jedoch der Matros über ihn abfällige Bemerkungen machte, so daß die Mannschaft zu lachen begannen, da rührte er sich. Schäfer wurde von einem andern Matros darauf aufmerksam gemacht. Er drehte sich um und gab dem Wolda eine schallende Ohrfeige. Nach der früheren Aussprache eines Matros gab er ihm noch einen zweiten Schlag. Wolda streckte den Arm aus und packte den Matros an der Gurgel. Die erste Instanz hatte diese Handlung als Notwehrhandlung angesehen. Schäfer und der Gerichtsherr legten Berufung ein, ersterer, weil er zu hoch bestraft, letzterer, weil Wolda nicht auch wegen thätlichen Angriffes bestraft war. Das Obergericht fällte nach 3-stündiger Verhandlung folgenden Urteil: Die Berufung des Angeklagten Schäfer wird als unbegründet verworfen. Auf die Berufung des Gerichtsherrn wird das Urteil vom 14. Juni aufgehoben, soweit es Wolda nicht auch wegen thätlichen Angriffes bestraft. Der Angeklagte Wolda wird, einschließlich der für die Gehorsamsverweigerung erlassenen zwei Monate Gefängnis, zu sechs Monaten einem Tag Gefängnis verurteilt. Die Handlungsweise des Schäfer sei nicht zu billigen, ihm falle die moralische Verantwortung für die nach der Mißhandlung des Wolda stattgehabten Vorgänge zu. Wenn der Gerichtsherr auch bezüglich seiner Berufung eingelegt hätte, so wäre das Gericht über das frühere Strafmaß hinausgegangen. Wolda habe durch seine Handlung die Notwehr überschritten und sich eines thätlichen Angriffes vor versammelter Mannschaft (mildeste Strafe im mildesten Falle zwei Jahre Gefängnis) schuldig gemacht. Es sei ihm aber der volle Schutz des § 98 des Militär-Strafgesetzbuches, welcher Milde walten läßt im Falle, daß der Angeklagte von seinem Vorgesetzten gerechzt wurde, zugebilligt. Das freimüthige Verkenntnis des Wolda in den wesentlichsten Punkten (im Gegensatz zu dem unmännlichen Verhalten des Matros Schäfer, der trotz der Beweise fortgesetzt seine That abstreift) veranlaßte das Gericht, ihm die vom 23. März bis 14. Juni anhaltende Untersuchungshaft im vollen Umfang anzurechnen.

Das Mißverhältnis zwischen der Strafe des Mißhandlers und der des Mißhandelten springt seltsam ins Auge. Der mißhandelnde Bootsmannsmatros erhält wegen der dem Untergebenen applizierten Ohrfeigen — trotzdem diese Mißhandlung nicht die erste war — 4 Wochen Mittelarrest, der Mißhandelte, der in der Erregung über die ihm zugefügte Mißhandlung eine Abwehrbewegung machte, sechs Monate Gefängnis!

Zur bayerischen Wahlrechtsfrage teilt Genosse Hespand in seiner „Weltpolitik“ mit, daß er bei der Errechnung der Ziffer von 160 000, denen durch die geplante Wahlrechtsänderung das Wahlrecht verloren gehen würde, bereits die im Militärdienst befindlichen Wähler in Abzug gebracht habe.

Wenn Genosse Hespand im Anschluß an diese Nichtzählung bemerkt: „Echon hat sich der „Vorwärts“ bereit erklärt, das Alter der Wahlberechtigung in Preußen zu erhöhen“ — so bekundet er damit lediglich eine nicht mehr zu überbietende Moyalität seiner Polemik.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Juli. (V. H.) Das ungarische Blatt „Matmany“ will von angeblich hochgestellter, gutunterrichteter Seite folgende Nachricht erhalten haben: In der letzten, unter dem Vorsitz des Kaisers abgehaltenen Ministerkonferenz habe der Kaiser, da eine Einigung zwischen den beiden Ministerpräsidenten nicht zu erzielen war, aus eigener Machtvollkommenheit die Handelsverträge auf ein Jahr verlängert. Der Kaiser soll bei Besprechung der schwereren Verhältnisse zwischen den beiden Reichshälften gesagt haben: „Zu meinem größten Leidwesen habe ich erfahren müssen, daß ich umsonst regiere.“ Diese Nachricht wird hier als völlig unbegründet bezeichnet.

Frankreich.

Rückgängigmachung von Marine-Rebanten. Man meldet aus Paris: Es befiel sich, daß der Marineminister Pelletan die Direktoren der Schiffs-Werften des Mittelmeeres und der Gironde zu sich berufen hat, um von ihnen die Verzichtsleistung auf die von dem früheren Marineminister bei den betreffenden Werften gemachten Bestellungen auf mehrere größere Schachtschiffe zu erlangen. Dieses Verlangen wurde jedoch von den Werftdirektoren abgelehnt. Der Minister ist aber entschlossen, diese Verzichtsleistung unter allen Umständen herbeizuführen.

England.

Der Unfall Chamberlains. Die Kerze Chamberlains haben bekannt: Der Minister hat eine Kopfkontusion an der Stirn erlitten; er ist jetzt frei von Schmerz und das Allgemeinbefinden ist gut. Eine Erschütterung hat nicht stattgefunden. Das Kolonialamt teilt mit, der Minister werde mindestens zwei Tage nicht im Stande sein, dienstlichen Obliegenheiten nachzukommen.

Wie angenommen wird, ist die Verwundung Chamberlains dadurch entstanden, daß, als der Wagen den Stoch erhielt, das ausgleichbare Vorderfenster herunterfiel und Chamberlain gleichzeitig so nach vorne gestoßen wurde, daß er mit der Stirne die Schilde zerquetschte.

Der neue Termin der Krönungsfeier. Die „Daily Mail“ meldet, die beteiligten Beamten hätten eine Beratung bezüglich der Aussichten für die Krönung abgehalten. Als Datum dafür habe man den 12. August erörtert; dieser Tag sei jedoch nur vorläufigweise angeregt, aber nicht gewählt worden. Ferner sei der 12. August in Betracht gezogen worden.

Gegen die Lebensmittel-Zölle. Eine Konferenz von Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern, welche vor kurzem in Glasgow tagte, und die von 649 Delegierten besucht war, nahm eine Resolution an, in welcher gegen das Einschleusen der Regierung zum Freihandel zur Kolonial-Gesetzgebung protestiert wird. Die Resolution spricht sich besonders gegen den Korn- und Brotzoll aus, durch welchen die große Masse des Volkes in ihrer Lebenshaltung geschädigt werde. Die Konferenz beschloß, dem Anti-Brotzoll-Komitee beizutreten.

Die neue Regierung und ihr Wahlrechts-Programm. Die Hoffnungen, die man billigerweise auf einen Staatsminister setzen kann, der seine Berufung dem Plakato seines Vorgängers in der Wahlrechtsfrage zu verdanken hat, sind durch die endgültige Zusammenlegung des neuen Ministeriums nicht zerstört worden. Den neuen Wählern, die dem Ministerium Votum des Vertrauens geben, wird sowohl von liberaler als auch von sozialdemokratischer Seite nachgesagt, daß sie Fähigkeit und Charakter besitzen, um einer verhältnismäßig befriedigenden Lösung der Wahlrechtsfrage die Wege zu bahnen. — Der neue Justizminister Berger hat in seiner bisherigen Stellung als Justizdirektor (ein vom Reichstag gewählter Beamter, der die Richter und Beamten des Reiches zu überwachen und die Freiheit des Einzelnen zu schützen hat) der herrschenden Bureaucratie manche Unannehmlichkeiten bereitet, so daß die Erste Kammer ihn mit Amnestie bestrafen wollte. „Sein Name als Justizminister“, schreibt „Socialdemokraten“, „ist eine Ehrbeleidigung dafür, daß die Dummdheiten seines Vorgängers in dem Wahlrechts-Vorschläge der Vorkammer nicht wiederholt werden.“ Der neue Kultusminister Karl v. Friesen, einer der Vertreter Stockholms in der Ersten Kammer, gilt als moderat-liberal. Seine Berufung ist ebenso wie die Bergers als eine Herausforderung der konservativen Majorität der Ersten Kammer anzusehen. Der neue Finanzminister Meyer ist wohl konservativ, doch mangelt es ihm nicht an Verständnis für die Forderungen der neuen Zeit. Sein Name stand mit unter der Resolution, die am 18. Mai in der Ersten Kammer für das allgemeine Wahlrecht angenommen wurde. Den Agrariern in der ersten Kammer hat Meyer oft scharf die Wahrheit gesagt, so daß seine Berufung ihnen jedenfalls nicht unangenehm ist. — Ojalmar Brauning schreibt über den Ministerwechsel: „Wir verstehen sehr wohl, daß diese Regierung nur einen ersten, noch recht schwachen Anfang zu einem liberalen Regiment in unsern leitenden Kreisen bedeutet. Weder Herr Votström noch Herr Berger sind etwa „Radikale“ deswegen, weil sie einsehen, daß die Wahlrechtsfrage nur auch bei uns eine Lösung in derselben Richtung erfordert, die sie im übrigen Europa schon lange genommen hat, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiterchaft binnen kurzem zu kommt, zwecks Abwehr von Angriffen auf ihre Selbstständigkeit beim Abschluß von Arbeitsverträgen einen erbitterten Kampf gegen diese „radikale“ Regierung aufnehmen zu müssen. Aber diese von unserem Standpunkt aus gemachten Vorbehalte können unsern Blick nicht trüben für das neue Faktum, daß wir zum erstenmal nach den Zollkämpfen nun in Schweden eine Regierung erhalten haben, die im strikten Gegensatz zu der verstorbenen Majorität der Ersten Kammer steht und sich auf die mehr oder minder reformfreundlichen Elemente im Lande zu stützen sucht.“

Ueber das Wahlrechts-Programm der neuen Regierung teilt „Stockholms Dagblad“ aus angeblich zuverlässiger Quelle mit, daß es darauf hinausgeht, jedem schwedischen Manne vom 25. Lebensjahr ab das Wahlrecht zuzuerkennen, wenn er der ihm obliegenden Wehrpflicht und Steuerpflicht gegen Staat und Kommune nachgekommen ist. Stadt und Land sollen gleiches Repräsentationsrecht erhalten. Ferner soll das proportionale Wahlsystem eingeführt werden.

Amerika.

Ein Sieg der venezolanischen Aufständischen. Ein Telegramm aus Willemstad meldet: Die Aufständischen unter General Boland o siegen am 8. Juli zwischen Barcelona und Aragua über 3000 venezolanische Truppen unter dem Generalen Rodas und Castro, dem Bruder des Präsidenten.

Lederzölle.

79. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 8. Juli.

Obgleich Graf Kanitz äußerte, die Frage des Lederzölles komme für die Landwirtschaft nicht so sehr in Betracht, ist doch die Lederindustrie eine derjenigen Industrien, die in sehr nahen Beziehungen zur Landwirtschaft stehen. Deshalb treten die Agrarier auch für die hohen Zollsätze des Tarifs ein, trotz der Anträge auf Herabsetzung verschiedener Zollspositionen und trotzdem Petitionen aus Kreisen der Lederindustriellen sich gegen jede Zollerhöhung ausgesprochen haben. Bei den Lederzöllen wegen aber die Interessen der Schuhindustrie vor. Den Interessenten dieser Industrie glaubte man durch höhere Zölle auf Schuhwerk für die Verteuerung des von ihnen benötigten Rohproduktes eine Verhütung zu geben, aber das hebt den Schaden der Lederzölle nicht auf. Das wurde in der Debatte von der Opposition scharf hervorgehoben. Trotzdem fand die Vorlage Annahme.

An Stelle des Abg. Reichhaus ist Bernstein in die Kommission eingetreten.

Eine Reihe von Petitionen sind gegen die Lederzölle, die der Lederproduzenten dagegen wünschen Zollerhöhungen.

Die Positionen 544—554, Leder aller Art, werden zur Beratung zusammengefaßt.

Die Position 544 belegt Schaf- und Ziegenfelle mit einem Zoll von 3 M.

Paasche und Müller-Meinungen beantragen einen Zoll von 1 M., die Socialdemokraten Zollfreiheit.

Ferner beantragt Müller-Meinungen:

Nr. 545. bei einem Reingewicht des Stücks von mehr als 3 kg: ganze Häute mit anhaftenden Köpfen zc. . . 18.— M. Kernstücke . . . 21.—

Nr. 546. bei einem Reingewicht des Stücks von 1—3 kg: 24.—

Nr. 547. bei einem Reingewicht des Stücks von weniger als 1 kg: 30.— M.

Paasche führte handelspolitische Gründe für seinen Antrag an und meint, Schaf- und Ziegenfelle kämen zum guten Teil aus Italien. Die Herabsetzung des Zolles treffe die Prosperität der Lederproduktion nicht.

Mollenhuth weist aus dem Statistischen Jahrbuch nach, daß die Einfuhr von Schaf- und Ziegenfellen aus Italien so gering ist, daß die Ziffern gar nicht angegeben sind, die Angaben des Vordrucks trafen also nicht zu. Redner tritt für Zollfreiheit ein. Die Lederindustrie behauptet, daß Zollsätze nicht dieser Ansicht müßte doch auch die Kommission sein, denn sie habe ja die hohen Zölle auf Gerbstoffe, speziell auf Quebracho beschloffen, sie müßte also glauben, daß die Gerberei diese Lasten spielend tragen könne. Aus den Motiven zum Entwurf gehe auch nicht hervor, daß die Lederindustrie vollständig sei, denn in einem Teil der Motive heißt es, ausländische Käufer erschienen auf dem deutschen Markt und trügen zur Verteuerung des Leders bei und hinderten es, den Bedarf an Leder mit inländischem Produkt zu decken. Dann sollte man konsequenter Weise einen Ausfuhrzoll statt einen Einfuhrzoll aussetzen. Wie könne die Landwirtschaft klagen, wenn sie den inländischen Markt nicht genügend mit Fellen versorgen können? Dagegen würden die wertvollsten Klassen durch den Zoll getroffen, das Schuhwerk werde verteuert. Der Arbeiter müßte auch hier wieder die Last tragen. Die Ausfuhr von Handschuhleder überwiegt weit die Einfuhr, auch hinein sei keine Rolle der Lederproduzenten ersichtlich, dagegen werde die Handschuhindustrie belastet.

Müller-Meinungen meint, in Bezug auf die Thesen der Kommission treffe das Wort zu: Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortwährend Böses umhüllt. Erst haben sie die Gerbstoffe verteuert, nun werde sie hohen Lederzöllen zc. zustimmen. Aber das könne ihn nicht hindern, eine Ermäßigung zu fordern. Handelspolitische Momente kämen gar nicht in Betracht.

Geheimrat Pasasch sucht den Zoll mit seiner prozentualen Niedrigkeit im Verhältnis zum Wert des Produkts zu rechtfertigen. Der Schwerpunkt liege in den Positionen 545—47, da hier eine neue Einteilung nach dem Wunsch der Interessenten vorgenommen sei; die Verzollung nach dem Gewicht der einzelnen Stücke treffe das Richtige. Zollfreiheit werde die deutsche Lederindustrie gänzlich vernichten, die amerikanische Produktion werde sie erdrücken. Berliner Lederindustrielle, auch Schuhmacher, haben sich mit den Sägen des Tarifs zufrieden erklärt, nehmen Sie diese Säge an.

Graf Posadowsky erklärt mit großer Bestimmtheit, die hohen Zölle auf Gerbstoffe könnten unter keinen Umständen aufrecht erhalten werden. Die hohen Sägen für einzelne Positionen seien bedingt durch die Einfuhr z. B. von Fruchtsägen. Eine Reihe von Leder-Aktiengesellschaften haben seit Jahren keine Dividende gezahlt. Die Frage, ob wir Kompensationszölle einrichten sollen, wird verjagt durch das gleiche Vorgehen anderer Staaten. Amerika und Rußland haben höhere Zölle wie wir.

Graf Kanitz ist der Ansicht Paasches, daß der Zoll von 3 M. zu Position 544 nicht gebraucht werde. So weit die Landwirtschaft an den Lederpreisen interessiert sei, möchte er sagen, daß Felle ein für die Landwirtschaft doch zu untergeordnetes Produkt sei, als daß sie sich dafür stark engagieren sollte. Amerika gegenüber müsse man jedoch gewisse hohe Zollsätze aufstellen, da es selbst mit hohen Zöllen sich abschleife. Der Dreimark-Zoll auf Ziegen- und Schafleder sei handelspolitisch von keinem Wert. Vielleicht rechtfertige sich eher eine höhere Verzollung der Kernstücke in Position 545.

Graf Posadowsky ermahnt, keine höhere Verzollung der Kernstücke vorzunehmen, der Zoll betrage 12 Prozent vom Wert. Redner giebt dann eine Reihe von Zahlen über die Dividenden verschiedener Lederfabriken bekannt.

Redner erwidert Paasche, dessen Gründe seien auch für Zollfreiheit maßgeblich, nicht nur für die Herabsetzung des Zolles. Die Regierung sei noch nie in Verlegenheit gekommen, um ihre Forderungen zu begründen, freilich seien die Gründe für die Zölle nicht stichhaltig. Auch wenn ein Zoll offenbar überflüssig sei, lasse man doch einen, wenn auch niedrigen Zollsatz bestehen. Das Lederfabriken keine Dividende zahlen, beweise nichts für deren prekäre Lage; es komme darauf an, wie gewirtschaftet werde und wie die Gehälter oder sonstigen Vorteile der Aktionäre beschaffen seien. Der Staatssekretär und Graf Kanitz haben uns wieder Länder, die hohe Zölle haben, wie Amerika, als Scherzgespenst vorgeführt. Warum nehmen Sie sich England nicht zum Beispiel? Das sind Hinweise, die die Zollschraube ins Unendliche treibe. Jetzt übertrumpfen wir Amerika, dann übertrumpft Amerika wieder uns und so fort. Wohin soll das führen? Der immer mehr für den Export arbeitenden Schuhindustrie verteuere man das Rohmaterial, das hemme sie. Auch den Vorteilen werde das Rohmaterial resp. Halbfabrikat verteuert, damit lege man dem zur Roharbeit sich entwickelnden Tischlerhandwerk einen Strich um den Hals. Der Lederzoll sei eine unzulässige Verletzung des konsumierenden Publikums, das beweisen die vielerlei Petitionen gegen die Erhöhung des Zolles. Die Sägen des armen Mannes werden verteuert, dafür können wir nicht stimmen.

Stadtsagen beantragt zu Position 553, die besonders zu Vorleuile- und Portemonnaiewaren zu verarbeitenden Häute von Fischen oder Krustentieren nur mit 10 Proz. des Zollsatzes zu verzollen und begründet den Antrag im Interesse der Offenbacher und Berliner Vorleuile-Industrie, die sich gegen die Zölle erklärt hat. Beschlossen wird zu Position 544 — 3 M. (Vorlage); Position 545, ganze Häute, 30 M., Kernstücke 36 M.; Position 546 — 40 M.; 547 — 50 M., 548 — 38 M., 549 — 30 M., 550 — 36 M., 551 — 18 M., 552 — 50 M., 553 — 50 M., 554 — 30 M.; ebenso werden die zwei Anmerkungen nach der Vorlage angenommen.

Die Position 555 und 556 werden zusammengefaßt und legen auf Schuhe mit Holzsohlen 40 M., mit andren Sohlen das Paar im Gewicht von mehr als 1200 Gramm — 85 M.; von 600—1200 Gramm — 120 M.; von weniger als 600 Gramm — 180 M. Zoll.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Paasche beantragt: Schuhe zc. 80.— M. Nr. 555 mit Holzsohlen 80.— M. Nr. 556 mit andren Sohlen: das Paar im Gewicht von mehr als 1200 Gramm 70.— „ im Gewicht von 1000 bis 1200 Gramm 120.— „ im Gewicht von 600 bis 1000 Gramm 180.— „ im Gewicht von unter 600 Gramm 240.—

Müller-Meinungen beantragt: Schuhe usw. 80 M.

Nr. 555 mit Holzsohlen 80 M. Nr. 556 mit andren Sohlen: das Paar im Gewicht von mehr als 1200 Gramm 50 M. das Paar usw. 65 „ das Paar im Gewicht von 600 Gramm oder darunter 100 „

Bernstein begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Man habe auf die in der Gerberei beschäftigten Arbeiter hingewiesen und ihre große Zahl als Argument für den die Industrie angeblich schädlichen Zoll angeführt. In der Schuhwaren-Industrie würden aber 388 000 Arbeiter beschäftigt, in der Gerberei nur 43 000. Erhöhere man der Schuhindustrie die Tätigkeit durch Erhöhung der Lederpreise, schädliche man also viel mehr Arbeiter. Schon die Rücksicht auf die Produktion spreche gegen den Zoll, dann aber auch die Rücksicht auf die Konsumenten. Man begründe den Zoll mit Hinweisen auf die Konkurrenz des Auslandes, aber die Antwort sei ja gestiegen; nur bei leichten Schuhen sei die Einfuhr etwas zurückgegangen, aber ebenso die Einfuhr. Der Druck des Auslandes könne ebenfalls nicht für den beantragten Zoll in Betracht. Trotz hoher amerikanischer Zölle führen wir doch viel nach Amerika aus. Redner erklärt die Zollpolitik einzelner Länder gegeneinander. Die Entwicklung zum großen kapitalistischen Betrieb sei eine schwerere Konkurrenz für viele kleinere Unternehmungen, als die ausländische Konkurrenz. Die Länder schädigten sich durch die Zollkrouberei gegenseitig. Das finde auch seine Grenzen. Es sei eine Utopie, die Industrie in einem Lande durch Zölle heben zu wollen, wo die Produktionsbedingungen ungünstig sind.

Die Verzollung von Schuhen und Stiefeln nach Gewicht sei widersinnig, man brauche nur an leichte Kinderschuhe und die schweren Kanonenstiefel der Studenten usw. zu denken. Der ganze Zolltarif leide an solchen Widersinnigkeiten. Mit unfruchtlichen Anträgen auf Zollfreiheit zeigen wir unsere Entschlossenheit, im Plenum gegen diese irrationelle Wirtschaftspolitik vorzugehen.

Müller-Meinungen hält eine Herabsetzung der Zölle nach seinem Antrage für geboten. Redner wendet sich ebenfalls gegen die Motive der Vorlage, meint aber, der Entwurf enthalte noch die günstigste Abmilderung bezüglich des Gewichtszolles. Die exorbitante Erhöhung des Zolles sei jedoch durch nichts gerechtfertigt. Die Einfuhr aus Amerika, die auf gewisse Herren wie ein rotes Tuch wirkt, ist zurückgegangen, unsere Ausfuhr nach Amerika überwiegt die Einfuhr aus Amerika um das Fehnfache.

Geheimrat Wermuth tritt für die Sägen der Vorlage ein. Ungerechtigkeiten liegen sich bei der besten Abmilderung des Gewichtszolles nur schwer vermeiden.

Mollenhuth geht dem „Gespens der amerikanischen Konkurrenz“ zu Leibe und giebt Erklärungen der Entwicklung der amerikanischen Schuhindustrie. In Deutschland von Deutschen begründete Schuhfabriken sind vielfach als „Amerikanische Schuhfabriken“ bezeichnet worden. 642 Doppelcentner eingeführte amerikanische Schuhe brachten auf dem großen deutschen Markt nicht auf den Preis. Paasches Ausführungen seien also ganz hinfällig.

Zu Position 555 wird der Antrag Paasche angenommen. Position 556 wird nach der Vorlage angenommen.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nächstehend veröffentlichten wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen; jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir eruchen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Altendurg (S.-A.), Unterm Schloße 1.
Altona, Große Bergstr. 204 I.
Berlin SO., Engel-Platz 15.
Bentzen (O.-S.), Schießhausstr. 6.
Bremen, Osterhorst. 20 I.
Breslau, Rehergasse 18/19 I.
Darmstadt, Elisabethstr. 71.
Dortmund, 1. Kampstr. 73 I.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Freiburg i. B., Engelbergstr. 9 I.
Gera, Hospitalstr. 21 I.
Gotha, Ernterstraße (altes Gerichtsgebäude.)
Halle a. S., Geisstr. 21.
Hamburg, Gämmemarkt 35 II.
Hannover, Artilleriestr. 13.
Hildesheim, Judenstr. 5.
Hyeroldn, Karrenstr. 2.
Jena, Saalbahnhof 3.
Kiel, Gost. 24 part.
Köln a. Rh., Poststr. 50.
Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Mannheim, S. 8, 10.
Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
München, Baaderstr. 1 I.
Nürnberg, Egidienplatz 22.
Posen, Breitenstr. 21.
Remscheid, Kölnstr. 13.
Striegau, Ziegenstraße.
Stuttgart, Göttingerstr. 17/19.
Tullingen, Schaffhäuserstr. 24.
Waldenburg, Winawasser.
Wolgast, Kronwiesstr. 4, part. links.
Würzburg, Blumenstr. 12.
Berlin, den 8. Juli 1902.

Der Parteivorstand. Kreuzbergstr. 30.

Ein böses Conto. Im Monat Juni ist die Befassung des Strafcontos der Arbeiterbewegung eine recht hohe. Insgesamt wurde erkannt auf 14 Jahre, 1 Monat und 4 Wochen Gefängnis und 1042 Mark Geldstrafe. Unter den Betroffenen befinden sich mehrere Frauen, verurteilt wegen der Vorgänge bei der Arbeitseinstellung in den Steinbrüchen bei Sommer.

Die Verteilung des Wahlkreises Wanzleben hat zwei Fragebogen an die Bezirksführer übermittelt, durch welche eine interessante Statistik herbeigeführt werden kann. Es soll die Zahl der Industrie- und die der Landarbeiter — nach Geschlechtern getrennt — aufgenommen werden. Es soll ferner die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Zahl der politisch organisierten und die Zahl der Abkommen der „Volkstimme“ für jeden Bezirk berechnet werden. Des weitern soll untersucht werden, wie groß die Zahl der Neu-Abkommen pro Quartal ist, wie groß die Zahl derjenigen ist, welche pro Quartal abbestellt hatten und wie viel Arbeiter gewerkschaftliche Blätter lesen. Es soll ferner Auskunft über öffentliche und Hausagitation erteilt werden und über die Stimmung, mit welcher die Agitatoren empfangen werden. Sehr gespannt sind wir auf die Beantwortung der Frage: Welche Gründe äußern die Arbeiter oder scheinen sie zu haben, aus denen heraus sie uns noch feindselig gesonnen sind? Ferner sollen die persönlichen Opfer an Geld, welche die Bezirksführer bringen, offen mitgeteilt werden. — Socialpolitisch wichtig ist ferner eine Enquete über die Zahl der Klein- und der Großbetriebe im Handwerk und der Industrie und der Großbetriebe in der Landwirtschaft (Güter mit mehr als 80 Morgen). Von größter Wichtigkeit ist ferner die Zahl der unter 14 Jahre alten Kinder, die in der Industrie und Landwirtschaft beschäftigt sind, um die Zahl derjenigen konstatieren zu können, die — nach der Meinung des Grafen Posadowsky — das Gift haben, als „Griekenknaben“ ein posteintwobenes Dasein zu führen.

Mit der Veröffentlichung vom bayerischen Parteitag beschäftigt sich am Sonntag auch eine Versammlung des socialdemokratischen Vereins in Würzburg. In der langen und sehr bewegten Diskussion wurde sowohl der Standpunkt der Fraktion als auch derjenige der Opposition in der Wahlrechtsfrage mit Verde vertreten. Schließlich gelangte aber die folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 6. Juli in Würzburg tagende Mitglieder-Versammlung des socialdemokratischen Vereins ist der Auffassung, daß die auf dem Parteitag bezüglich der Wahlrechtsresolution entstandenen prinzipiellen Auseinandersetzungen nur der Gesamtpartei zum Nutzen dienen. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß, wenn auch den gewählten Delegierten keine bestimmte Richtschnur bezüglich der Wahlrechtsresolution mitgegeben wurde, dieselben dennoch kraft ihrer eigenen Ueberzeugung und Empfindung in erheblichem Maße zur weiteren Entwicklung der Wahlrechtsreform ihr gegebenes Mandat ausübten. Aus berechtigtem Vertrauen zu ihren Delegierten erteilt die Versammlung denselben folgende Beschlüsse.“

Calvinhae, der socialistische Abgeordnete für Toulouse, ist dieser Tage in Paris gestorben. Er war den ganzen Winter über durch Krankheit verhindert, an den parlamentarischen Arbeiten sich zu beteiligen, glaubte nunmehr aber seine Tätigkeit als Abgeordneter wieder aufnehmen zu können; er erlag nach wenigen Tagen an einem Wintergrippe im Gehirn. Calvinhae ist 1840 in Toulouse geboren, war 1870 noch Student der Medizin und machte den Feldzug als Krankenpfleger begw. Arzt mit. Er schloß sich der Kommune an, wurde am 8. Juni 1871 verhaftet, 6 Monate in Versailles interniert und dann vom Kriegsgericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Kaum auf freiem Fuß, begann er mit großem Eifer für die Annexion der Kommunalen zu wirken. 1887 wurde er mit 50 000 Stimmen in die Deputiertenkammer gewählt, der er seitdem ständig angehörte. Er war Mitglied der ersten socialdemokratischen Kammerfraktion, welche gebildet wurde, und ist stets Mitglied derselben geblieben. In Calvinhae verliert die französische Socialdemokratie einen ihrer treuesten Anhänger und Verfechter der socialistischen Ideen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Gleiches Recht für Alle.“ Der Arbeiter-Turnverein in Jena blickt am Sonntag ein Kinderfest ab. Er kam dabei um die Erlaubnis ein, einen bei solchen Gelegenheiten am Orte üblichen Festzug für die Kinder in einem abseits vom Verlehe liegenden Stadteil veranstalten zu dürfen. Diese Erlaubnis wurde aus verkehrspolizeilichen Gründen verweigert. Dagegen gestattete dieselbe Behörde am dieselbe Zeit dem „Königlichen“ Turnverein „Arbeiter-Verein“ einen Festzug durch die belebte Etabellierstraße. — Es liegt wohl auf der Hand, daß die verkehrspolizeilichen Bedenken hier ihre Ursache nicht hatten in der Richtung, die der Festzug nehmen sollte, sondern daß der Polizei die „junge Richtung“ des Vereins nicht paßt.

Um ihr Versammlungsrecht kämpfen die Arbeiter von Königberg mit der Polizei. Die Polizei verweigerte der Arbeiterschaft dieses wichtige Recht in letzter Zeit dadurch zu schmälern, daß sie Versammlungen, welche in der „Königshalle“, dem einzigen der

Arbeitskraft zur Verfügung stehenden Lokale tagten, mit Eintritt der Polizeistunde auflöste. Das Gewerkschaftsamt hat nun den Kampf dagegen aufgenommen, indem es zunächst eine Protestversammlung gegen das Verhalten der Polizei einberief.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bauarbeiter nimmt einen günstigen Fortgang. Mit Anfang dieser Woche sind wieder auf 8 Bauten mit 79 Arbeitern die Forderungen bewilligt worden, so daß gegenwärtig etwa 1400 Arbeiter auf 110 Bauten zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Ebenfalls ist die Forderung der Fuhrträger (Erhöhung des Tagelohns von 7 auf 7,50 M.) auf einer Reihe von Bauten bewilligt.

Die Maurermeister in Brandenburg a. S. wollen jetzt, wie ihre Kollegen in Hamburg, an der schönen blauen Donau Streikbrecher suchen. Nach dem „Erfolg“ der Hamburger Unternehmer scheint Wien nunmehr als ergiebiger Markt für Arbeitswillige zu gelten. Da die Hamburger Unternehmer aber bereits alles, was in Wien für sie aufzutreiben war, exportiert haben, so dürfte für die Brandenburger nichts mehr übrig geblieben sein. Wenn man auf der Suche nach Streikbrechern schon so weit in die Ferne schweift, so ist damit jedenfalls erwiesen, daß man „das Gute“ in der Nähe trotz eifrigsten Suchens nicht finden kann, was für die beteiligten Arbeiter immerhin ein erfreuliches Zeichen ist.

Deutsches Reich.

Das Protokoll des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands ist soeben im Verlage der Generalkommission erschienen. Die 288 Seiten starke Broschüre enthält außer dem ausführlichen Bericht über die Kongressverhandlungen den Rechenchaftsbericht der Generalkommission.

Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten das Protokoll zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar, d. h. unter dem Selbstkostenpreis, jedoch nur, wenn sie es durch ihre Organisation oder durch das örtliche Gewerkschaftskartell beziehen.

Im Buchhandel beträgt der Preis 1 M. pro Exemplar.

Im Hamburger Baugewerbe ist es noch nicht zum Friedensschluß gekommen. Zwar haben die Maurer belamlich die von ihnen verhängten Sperren aufgehoben, dagegen erhalten die Unternehmer die von ihnen verfügten Ausperrungen aufrecht. Am Samstagabend hat die Innung „Baughütte“ beschlossen, daß trotz der durch den Beschluß der Maurer veränderten Sachlage alles beim alten bleiben soll. Vorkünftig wollen die Unternehmer noch Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen suchen, um den Gezellen eine Lehre zu erteilen, wie in der Innungs-Versammlung gesagt wurde. Der Obermeister meinte, die während der Ausperrung liegenden gebliebenen Arbeiter würden ja doch nachgeholt werden müssen, und dann könnten mancher einheimischen Arbeiter wieder eingestellt werden. — Die Unternehmer wollen also die Situation ausnützen, um ihr Mitleid an den organisierten Arbeitern zu fühlen, die sich erlaubt haben, auf Erfüllung eines in aller Form von den Unternehmern gegebenen Versprechens zu dringen. Ob sie durch diese Taktik den Bogen nicht zu straff spannen und sich selber schädigen, das wird sich bald zeigen.

Zur Ausperrung in Kiel. Die Unterhandlungen zwischen den ausgesperrten Bauhandwerkern und der Innung „Baughütte“ sind immer noch nicht so weit gediehen, daß die Parteien in gemeinsamer Sitzung verhandelt hätten. Die Innung macht jetzt folgendes Angebot: Bis zum 1. Oktober sollen 55 Pf. gezahlt werden, von da ab bis 31. Dezember 1906 60 Pf. pro Stunde. Nach zwei Jahren solle die städtische Baukommission entscheiden, ob die Konjunktur im Baugewerbe gestiegen sei, und es sollen im bejahenden Fall 3 Pf. pro Stunde von da ab zugelegt werden. Die Vertreter der Gezellen erklärten, daß auf diese Bedingungen die ausgesperrten wohl niemals eingehen würden, denn sie seien schlimmer als alle vorhergehenden. Die Unterhandlungen nehmen ihren Fortgang.

Unter dem Schutz von Polizei und Militär arbeiten auf dem Bau des Interims-Theaters in Stuttgart einige Streikbrecher. Diese „Schutzmaße“ sind durchaus unnötig, da die Haltung der Streikenden eine völlig ruhige ist und niemand daran denkt, den „nützlichen Elementen“ ein Leid zuzufügen, und das umso weniger, als deren Zahl so gering ist, daß sie die Lage des Baustandes nicht beeinflussen können. — Die Verhandlungen wegen der Beilegung des Streiks sind noch im Gange, haben aber noch zu keinem Resultat geführt.

Der Streik im Baugewerbe zu Neumünster ist beendet. Die Zimmerer waren sieben Wochen, die Maurer fünf Wochen im Streik. Die Streikenden haben beschlossen, die von den Unternehmern gebotenen Bedingungen anzuerkennen und am Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Viel haben die Arbeiter nicht erreicht. Die Hauptsache ist der Abschluß eines Tarifs mit der Organisation.

Aus dem Lager der Hirsch-Dunderscher. Um gegen einen Beschluß des Generalrats der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaft zu protestieren, beruft der Ausschuss der Ortsvereine von Tierlohn und Umgegend zum 13. Juli eine Sitzung ein, zu der die Mitglieder durch ein Flugblatt eingeladen werden. In demselben lesen wir:

„Werte Kollegen!

Kann ich auf dem Delegiertentage die Streitfrage zwischen Mitgliedern und dem Generalrat begraben worden und schon wieder zeichnet ein ungerechtfertigter Beschluß den Generalrat aus. Streikbrecher haben den Antrag gestellt, unserm Verbandsvorsitzenden Josef Elber Festzug anzuschließen! Unser Kollege Elber soll ihm überreichte Gewerkschaftsgelder nicht rechtzeitig abgeliefert haben. Dieses ist aber nicht die Schuld seitens Elbers; den Streikbrechern hat der Generalrat geglaubt, ohne einmal Elber Gelegenheit zu geben, sich verteidigen zu können! Dem Antrage auf Ausschließung der Streikbrecher hat der Generalrat keine Folge gegeben, mit der Angabe, es sei jetzt zu spät und auch könnten dieses nur die betreffenden Ortsvereine beantragen, bei welchen die Streikbrecher Mitglieder seien! Die Ortsvereine haben aber damals dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Klein-Berlin, welcher ja persönlich zur Beilegung des Streiks in Besitz war, die Streikbrecher angezeigt, nur ist man im Generalrat darüber hinweggegangen! Mit Streikbrechern können wir nicht paradiere, sie gereichen dem Gewerkschaftsamt zur Schande!“

Der Generalrat als Protokoll der Streikbrecher gekennzeichnet, und der Ortsausschuss, der einen Mann, welcher Vereinsgelder nicht rechtzeitig abgeliefert hat, verteidigt: Das ist ja ein nettes Bild von den Zuständen innerhalb der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaft.

Ausland.

Aus Chicago wird gemeldet: Von den in den Eisenbahnlagerhäusern beschäftigten Frachtwagenfahrern sind 8000 bis 9000 in den Ausstand getreten, um höhere Löhne zu erzielen. Alle in die Stadt einmündenden Bahnhöfe sind in Mitleidenschaft gezogen.

Sociales.

Die dänische Unfallversicherung 1901. Im Jahre 1901 wurden in Dänemark 1828 Unfälle, für die Ersatzanspruch in Betracht kam, gemeldet. 17 davon führten den Tod der Verunglückten herbei, 116 dauernde Invalidität und 1150 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. An Unterstützungen wurden 1901 815 258,22 Kronen gezahlt.

Obligatorische Impfung in Belgien. Der sozialistische Deputierte für Antwerpen, Dr. Terwagne, hat der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, nach welchem die Bodenimpfung und Wiederimpfung eingeführt werden soll.

Aus Industrie und Handel.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Das Bestreben des Centralverbandes deutscher Industrieller, einen Zusammenschluß der Einzelkartelle unter seiner Führung herbeizuführen und dadurch seinen ohnehin schon äußerst schädlichen Einfluß auf die sogenannten „Regierungskreise“ noch zu verstärken, stößt bei dem mit ihm rivalisierenden „Bund der Industriellen“ auf Widerstand. Besorgt, daß er noch weiter durch den Centralverband in den Hintergrund gedrängt werden könnte, als bisher bereits geschehen, richtet er an die Ringe und Kartelle der Fertigungsindustrie die freundliche Ermahnung, sich doch ja nicht durch den Centralverband einsperren zu lassen, da sie bei diesem unter die Herrschaft der großen Rohstoffverbände geraten würden. Es heißt in dieser Warnung:

Der Centralverband ist von jeher der Verfechter der Interessen der großen Kartelle gewesen, welche den Fertigungsindustrien als Lieferanten von Rohstoffen und Halbfabrikaten gegenüberstehen. Die innerhalb der Fertigungsindustrie vorhandenen Kartelle haben deshalb ein großes Interesse daran, diese vom Centralverband gefördert und geschützten Kartelle für Kohle, Eisen, Stahl, Weichblech, Grobblech, Zucker usw. nicht zu unabhängiger Herrschaft gelangen zu lassen, weil die Fertigungsindustrien als Konsumenten in ihrer Leistungsfähigkeit durch hohe Preise dieser Kartelle geschädigt werden. Es dürfte sich deshalb für die einschichtigen Kartelle der Fertigungsindustrie empfehlen, sich dem Centralverband deutscher Industrieller nicht anzuschließen, weil ihre Interessen diametral den Interessen der großen Roh- und Halbstoff-Kartelle gegenüberstehen, wie selbst in dem Rundschreiben des Centralverbandes angegeben werden muß, innerhalb des Centralverbandes aber nur diesen dienstbar gemacht werden sollen. Wir wollen nicht gerade sagen, daß dies der Zweck der neuen Organisation ist, aber der Ausgang dieses Vorgehens steht außer allem Zweifel. Die beste Abwehr der Angriffe der großen Roh- und Halbstoff-Kartelle wird stets die Gegenorganisation der Fertigungsindustrie sein.

Deutschlands Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika erreichte in dem soeben beendeten Fiskaljahr 1901/02 (vom 1. Juli 1901 bis Ende Juni 1902) den Betrag von 101,71 Millionen Dollar gegen 99,89 Millionen Dollar in 1900/1901 und 98,81 Mill. Dollar in 1899/1900. Die stärkste Zunahme weisen die Konsulatsbezirke Berlin, Leipzig, Wormen, Düsseldorf und Köln auf, besonders infolge des größeren deutschen Exports von Eisen- und Textilwaren nach den Vereinigten Staaten. Dagegen ist der Export aus dem Bezirk Magdeburg, Hamburg, Stettin erheblich zurückgegangen, zum Teil, weil die deutsche Zuckerausfuhr nach der Union im letzten Fiskaljahr beträchtlich abgenommen hat.

Außenhandel Deutsch-Ostafrikas. Vor einigen Tagen wurde schon an dieser Stelle auf den Rückgang hingewiesen, den im letzten Jahre der Einfuhrhandel Deutsch-Ostafrikas erlitten hat. Das amtliche „Kolonialblatt“ bemerkt zu diesem Anfall:

Der Außenhandel von Deutsch-Ostafrika ist im Jahre 1901 um etwas mehr als 1 1/2 Millionen Mark hinter demjenigen des Jahres 1900 zurückgeblieben. Die Abnahme entfällt ganz auf die Einfuhr. Im Ganzen hat sich der Außenhandel Deutsch-Ostafrikas seit 1896 folgendermaßen entwickelt:

Jahr	Einfuhr M.	Ausfuhr M.
1896	8 065 046	4 117 189
1897	8 942 078	4 938 505
1898	11 852 656	4 932 945
1899	10 822 586	3 937 150
1900	11 430 540	4 293 645
1901	9 510 796	4 623 475

Was die Einfuhr anlangt, so hat bereits die amtliche Denkschrift über die Entwicklung des Schutzzgebietes während des Berichtsjahres 1900/1901 darauf aufmerksam gemacht, daß die von 1899 auf 1900 eingetretene Steigerung des Einfuhrwertes ausschließlich auf der Zunahme der Einfuhr von Eisen und Eisenerzeugnissen, Erden und Steinen, Eisenbahnwagen und sonstigen Fahrzeugen, mit anderen Worten hauptsächlich auf der Fortsetzung des Baues der Hambarabahn beruht; nur infolge der steigenden Einfuhr dieser Waren ist die Wirkung des Rückganges des Karawanenhandels, der hauptsächlich durch die Abnahme des Verkehrs nach der britischen Ugandabahn verursacht worden ist, in der Gesamtziffer der Einfuhr des Jahres 1900 noch nicht zum Ausdruck gekommen. Im Jahre 1901 ist die Einfuhr der erwähnten Materialien annähernd wieder auf den früheren Umfang zurückgegangen; die Einfuhr hat bei Eisen und Eisenerzeugnissen um 1 128 000 M., bei Erden und Steinen um 157 000 M., bei Fahrzeugen usw. um 158 000 M., bei Holzwaren um 255 000 M. abgenommen; insgesamt macht das einen Rückgang von etwa 1 700 000 M. Der Rückgang der Einfuhr bei diesen Positionen entfällt fast vollständig auf die Einfuhr aus Deutschland, die infolgedessen gegenüber dem Vorjahre beträchtlich abgenommen hat. Die Einfuhrwerte der übrigen Artikel haben keine allzu großen Veränderungen erfahren, mit Ausnahme von Baumwollwaren und Reis.

Die obigen Ziffern veranschaulichen den Gesamt-Außenhandel der Kolonie, nicht ihren Handelsverkehr mit dem deutschen Zollgebiet. Die deutsche Ausfuhr nach Deutsch-Ostafrika betrug in 1900 nur 3,90, in 1901 nur 3,07 Millionen Mark; die Einfuhr von dort 1,12 bzw. 1,07 Millionen Mark; und zwar besaßen die Waren, die Deutschland nach diesem herrlichen Bestimmungsorte führt, fast ausschließlich in Artikeln für den Eisenbahnbau, aus Kriegsmaterialien für die Schartruppe sowie aus Lebensmittel und Kleidungsstoffen für die im Gebiet der Kolonie tätigen Beamten, Kaufleute und Pfleger. Der Absatz an die Eingeborenen ist kaum nennenswert.

Und damit dieses famose Ergebnis erzielt werden konnte, mußte z. B. im letzten Jahre (1901) das Deutsche Reich zu den Verwaltungskosten der Kolonie einen etatsmäßigen Zuschuß von 5,26 Millionen Mark leisten. Es hatte also für je 100 M. Waren, die vom deutschen Zollgebiet dorthin ausgeführt wurden, nicht weniger als 178 Mark Verwaltungszuschuß zu zahlen.

Die Lage der englischen Eisenindustrie hat sich, wie die „Financial Times“ berichten, im ersten Semester des laufenden Jahres höchst ungünstig gestaltet, besonders was die Eisenindustrie Nord-Englands anbelangt. Nach dem Rückschlag im Oktober 1900 hat die Produktion stetig abgenommen, ebenso die Arbeitslöhne und Verkaufspreise. Das erste Semester 1901 geht als das ungünstigste seit 1873. Die Produktion betrug 41 800 Tonnenn gegen 55 381 Tonnenn im ersten Semester 1900. Im Vergleich mit der letzteren Differenz ist also eine Abnahme in der Erzeugung um 51 Prozent eingetreten.

Zur Antitrustbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika meldet „Laffans Bureau“: Präsident Roosevelt hat das Kongressmitglied Littlefield, einen hervortretenden Rechtsanwalt und Politiker, veranlaßt, eine Antitrust-Bill zu entwerfen, die im Dezember im Kongress eingebracht werden soll. Die Bill bezweckt die Regelung des gesamten Trustwesens im Handelsgewerbe. Littlefield vertrat mit dem Attorney General Knox über die allgemeine Form des Gesetzes.

Daß tatsächlich ein ernsthaftes Vorgehen gegen die Trusts erfolgt, erregt nach der bekannten Vorkchaft Roosevelts und dem Einfluß der Trusts in der republikanischen Partei ausgeschloffen, liefern doch die Trusts einen bedeutenden Teil der Wahlkampfgelder der Republikaner. Wie bisher, dürfte es sich auch diesmal nur um eine Aktion handeln, die in den Mittelschichten des Volkes zunehmende Gärung gegen die Trustpolitik zu beschleunigen.

Zur Bondsandgabe des Stahltrusts. Wie aus Trenton (New Jersey) gemeldet wird, wurde in der Kanzlei des dortigen Gerichts heute eine neue Klage von mehreren Seiten gegen die United States Steel Corporation eingereicht, um dieselbe zu hindern, ihre Vorkaufsaktien in Bonds umzuwandeln. Die Klage erließ eine Verfügung, nach der ihm die Sache am 15. Juli in Newark wieder vorgelegt werden soll, und eine weitere

Verfügung, wonach die Gesellschaft sich zur Zeit einer Konvention zu enthalten hat. Die Morgan-Gesellschaft und die Direktoren der United States Steel Corporation sind angeklagt. Es wird in der Klage gesagt, daß der Vorschlag der Konvention eine Folge der in dem Ausschussrat sich geltend machenden Herrschaft Morgans, anderer Persönlichkeiten seiner Firma oder mit ihm in Verbindung stehender Leute sei.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs hält seine heutige Versammlung im großen Saal von Obft, Weiningerstraße 8, ab. Das Stiftungsfest am 12. Juli wird in demselben Lokal stattfinden.

Nitzdorf. Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Frauen- und Mädchenbildungs-Vereins bei Mercier, Steinmühlstraße 113. Vortrag über: „Bivision.“ Referent: Herr Hermann Stenz.

Versammlungen.

Eine öffentliche Einseher-Versammlung beschäftigte sich am Sonntag mit den Schäden und Mängeln der Branche. Der Referent Kurlowitz führte aus, daß die Erzeugnisse aus der Lohnbewegung von 1900 durch die Lohntät der Kollegen zum Teil schon wieder verloren sind. So ist festgestellt, daß auf verschiedenen Bauten die Einseher die Arbeiter wieder ohne Entschädigung in die Stagen tragen. Auch der alte Mißstand, der eigentlich den Anlaß zur Lohnbewegung von 1900 gab, und dessen Beseitigung einer der schwierigsten Punkte im Einigungs-verfahren war, nämlich die Beschaffung der Riegel durch die Einseher selbst, beginnt sich wieder einzuführen. Redner erwähnt die Anwesenden, auf solche Kollegen, die die schwer erdämpften Erzeugnisse eines augenblicklichen Vorteils wegen leichtem Herzen preisgeben, ein wachsameres Auge zu haben und auf den Bauten eine rege, eifrige Agitation für die Organisation zu entfalten. — In gleichem Sinne sprachen sich auch die übrigen Redner aus und zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erwartet von den Kollegen, daß der im Jahre 1900 vereinbarte Tarif auch ferner seine Gültigkeit behält und verpflichtet sich, den Tarif auf jedem Bau aufrecht zu erhalten, ferner den Arbeitsnachweis der Innung nicht zu benutzen.“

Wilmersdorf. In einer gut besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, die am 2. Juli in „Wittes Volkspartei“ tagte, hielt Reichstags-Abg. A. Trützschel einen Vortrag über: „Einwohner der Kolonialgebiete.“ Daran schloß sich eine Diskussion im Sinne des Referats. Zur Generalversammlung des Kreises wurden die Genossen Meyer und Piesker delegiert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Obligatorische Besteuerung der Warenhäuser.

Stuttgart, 8. Juli. (B. G.) Die Abgeordnetenkammer trat mit 43 gegen 34 Stimmen für die Einführung einer obligatorischen Besteuerung der Warenhäuser durch die Gemeinden ein. Die Regierung wollte eine fakultative Steuer. Ein Antrag der Steuerkommission, die Warenhaussteuer ganz fallen zu lassen, wurde mit 49 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Oberhaus.

London, 8. Juli. (B. T. G.) Draht bringt die Uebernahme des Baues von Handelsdampfern, die sich für den Dienst als Hilfskreuzer eignen, zur Sprache und legt dar, daß die englischen Schiffbauern nicht versuchen, mit den deutschen Reedern in Bezug auf Schnelligkeit der Dampfer zu wetteifern. Der Erste Lord der Admiralität, Earl of Selborne, fügt aus, daß Zuerst bleiben Englands im Bau sehr schneller Dampfer sei darauf zurückzuführen, daß die auswärtigen Staaten Subsidien in einem höheren Betrage zahlen, als von England in Erwägung gezogen worden sei. Bezüglich des atlantischen Schiffsverkehrs erklärt Selborne, die englische Regierung stehe dem Tratte in keiner Weise feindlich, aber voller Besorgnis gegenüber; sie müsse die gegenwärtige Lage der Schifffahrt im Atlantischen Ocean im ganzen in Betracht ziehen und könne sich, ehe nicht die ganze Frage zu einem endgültigen Abschluß gelangt sei, vernünftiger Weise weder mit der einen noch der anderen Partei ins Einvernehmen setzen.

Krise in der englischen Baumwollindustrie.

London, 8. Juli. (Wiedung des „Reiterischen Bureau“). Die Baumwollkrise in Louisiana nimmt besorgnisberregenden Charakter an. Von den Beteiligten wird eine bedeutende Herabsetzung der Produktion als einzige Lösung angesehen. Eine Versammlung, welche am 11. Juli stattfinden soll, wird sich mit den Antworten auf ein Rundschreiben beschäftigen, das ein gemeinsames Vorgehen der Spanier befürwortet, indem man zu einer Verkürzung der Arbeitszeit seine Zustimmung nehme. Der Vorsitzende der Vereinigung der Arbeitgeber sagt, die einzige Hoffnung bestehe in einmütigen Handeln.

Der Schiffstritt und die britische Schifffahrt.

London, 8. Juli. (B. T. G.) Im Laufe der heutigen Debatte im Unterhause stellte William Wedmond (Tre) die Frage, ob die Regierung das Anerbieten Pierpont Morgans angenommen habe, wonach die in den Schiffstritt einbezogenen britischen Schiffe unter bestimmten Bedingungen für die nächsten 50 Jahre zur Verfügung der Admiralität stehen sollen. Der Parlamentssekretär der Admiralität, Lord Folke, erwiderte, es sei allerdings ein solches Anerbieten von Pierpont Morgan eingegangen. Die Einzelheiten könne er dem Hause nicht mitteilen, er könne aber sagen, daß der in Rede stehende Punkt in dem Anerbieten enthalten sei. Das letztere sei bisher noch nicht angenommen worden, weil man darüber nur in Rücksicht auf die britische Schifffahrtsindustrie im allgemeinen und speziell des Handelsverkehrs auf dem Atlantischen Ocean befinden könne, dessen Lage von der Regierung sehr sorgfältig in Erwägung gezogen werde. Sobald die Regierung in der Lage sein werde, dem Hause eine allgemeine Darlegung der Sache zu geben, werde sie das thun.

Obesloe, 8. Juli. (B. T. G.) Wie der „Obesloer Landbote“ meldet, ist der Pastor Theodor Niemer aus Wollin (Kreis Prenzlau), welcher nach Unterzeichnung einer größeren Summe Kirchensteuern Rücktritt, heute in dem benachbarten Flecken Reinsfeld verhaftet worden.

Karlruhe, 8. Juli. (B. T. G.) Die Erste Kammer beschloß im Hinblick auf den bevorstehenden Schluß des Landtages, von einer Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung des direkten Landtagswahlrechts abzusehen.

Odenburg, 8. Juli. (B. T. G.) Ein großherzoglicher Erlaß ordnet Neuwahlen für den demnächst einzuberufenden oberösterreichischen Landtag an.

Ung, 8. Juli. (B. G.) Beim Pulverwerk Glasbach ist abetmals eine Pulverstampfe in die Luft geflogen. Ein Arbeiter wurde getötet.

Urad, 8. Juli. (B. T. G.) Tausend Manuergesellen sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Madrid, 8. Juli. (B. G.) Ein furchtbares Unwetter erlief sich gestern über die Provinz Galice. Ein schwerer Hagelschlag zerstörte verheerende Dörfer; besonders gelitten haben die Ortsteile Champada, Caballera, Louguera und Tangor. Die Schloffen lagen stellenweise meterhoch. Die gesamte Ernte ist vernichtet, das Land der Wäme zerklüftet. Viele Personen wurden getötet oder verletzt; die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt. Die Rot unter der Bevölkerung ist unbeschreiblich.

New York, 8. Juli. (B. G.) Große Demütigung herrscht hier seit gestern über das Ausbleiben des französischen Dampfers Lorraine, welcher bereits am vergangenen Freitag fällig war.

Prozeß Sonden und Genossen.

29. Verhandlungstag.

Landgerichts-Direktor Heidrich eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Staatsanwalt Weck teilt mit, daß er zu dem Thema, welches durch die gestern gestellten neuen Beweisangebote der Rechtsanwältin Bernstein und Voller der Diskussion unterstellt werden soll, den Direktor Derenburg zum Donnerstag als Zeugen geladen habe.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird ein Schreiben der Direktion der Preussischen Hypotheken-Aktienbank an das Polizeipräsidium vom 3. Juli 1888 vorgelesen. Darin wurde mit Entschiedenheit in Abrede gestellt, daß die Preussische Hypothekenbank von ihr beliebigen Grundstücke durch vorgeschobene Personen erworben und verwaltet lasse. Es wird in dem Schreiben besonders ein Fall Stresemann behandelt und bestritten, daß Herr Adolf Stresemann eine vorgeschobene Person sei. Die Direktion verwarf sich entschieden dagegen, daß bezüglich der Käufer der von der Bank besetzten Grundstücke Scheinverhältnisse obgewaltet hätten.

Angellager E d n a r d S a n d e n: Wir haben in dem Schreiben unseren Standpunkt vertreten, daß unsere Bemühungen, die Bank nach dem Tode Spielhagens vorwärts zu bringen, unablässig und ernst waren. Es sind die Verhältnisse der Bank immer einer sehr sorgfältigen Prüfung der Staatskommissare, die sich stets auf das gründlichste informierten, unterworfen worden. Als die Regierung die Dividendenfesseln eintreten ließ, sind die Kommissare auf Grund dieser Prüfung für Aufhebung der Sperre eingetreten, weil sie sich bemüht waren, daß wir vorwärts kämen. Die Regierung gestattete uns auch die Verlosung größerer Pfandbriefsummen — ein Beweis, daß die Regierung Vertrauen zu unserer Verwaltung hatte.

Lombardierungen bei der Reichsbank.

Nach der Pause wird Vizepräsident Dr. Gallenkamp von der Deutschen Reichsbank über die von der Preußenbank bei der Reichsbank vorgenommenen Lombardierungen vernommen. Er erklärt auf Verfragen, daß solche Lombardierungen nichts Ungewöhnliches oder Bedenkliches darstellen. — Vertretter der Landgerichtspräsident P a u d s c h macht darauf aufmerksam, daß die Lombardierungen am 1. Januar 1896 7,1 Millionen, am 1. Januar 1897 5 Millionen, am 1. Januar 1898 6 Mil. Mark betragen. — Rechtsanwältin Thurm sagt hinzu, daß die Lombardschulden immer in ganz kurzer Zeit getilgt worden seien; es sei doch für ein Zeichen der Gesundheit eines Instituts zu betrachten, wenn es in der Lage sei, so bald die Lombardschulden zu tilgen. — Vizepräsident Dr. Gallenkamp: Wenn jemand seine Lombardschulden bei der Reichsbank reich tilgt und dann wieder ein neues Darlehn nimmt, so ist das kein übles Zeichen, jedenfalls weniger, als wenn das Lombarddarlehn lange Zeit ungetilgt bleibt.

Geb. Rat G e h t: Nach seiner Meinung sei es nicht ein normaler Zustand, wenn eine Hypothekenbank in die Lage kommt, Effekten zu lombardieren und sich auf diese Weise Betriebskapital zu beschaffen. Das sei ungewöhnlich. Eine Hypothekenbank müsse so disponieren, daß sie Lombardierungen nicht nötig hat.

Vizepräsident Dr. Gallenkamp: Es sei nichts Ungewöhnliches, daß Geschäfte in die Lage kommen, auf kurze Zeit größere Geldsummen zu bedürfen und lombardsfähige Papiere dazu zu benutzen, um von der Reichsbank auf kurze Zeit Geld zu erhalten. Das seien nicht Betriebskapitalien.

Geb. Rat G e h t: Innerhalb der Hypothekenbanken dürfte es doch etwas singuläres sein. Die Bankverbindungen der Hypothekenbank sei doch Anzahl u. Wagner gewesen; diese reichte aber nicht aus, aus Gründen, die diese Verhandlung klarlegt habe. Er konstatiert, daß nach den Bilanzen sämtlicher deutscher Hypothekenbanken vom 31. Dezember 1901 keine einzige derselben Lombarddarlehne aufgenommen, dagegen sehr viele Lombarddarlehne gegeben hatten.

Die Beweisnahme erstreckt sich sodann auf den Lombardverlehn und den Effektenbestand der Preußenbank zu bestimmten Zeiten. Es wird darüber der Sachverständige K e u m a n n, ehemaliger Effektenverwalter der Preußenbank vernommen. Aus seinen Darlegungen ergibt sich, daß am 31. Dezember 1899 bei der Reichsbank Effekten in Höhe von 8 375 000 M. und bei der Seehandlung von 2 800 000 M. gegen bares Darlehn von acht Millionen Mark Lombardiert waren.

Direktor C o n i g wird noch einmal als Zeuge vernommen und über ein Grundstücksgeheimnis befragt, welches seiner Zeit zwischen der Frau Generalkonsul Schmidt und anderen Kontrahenten, u. a. mit der Aktiengesellschaft, zu stande gekommen ist.

Justizrat S t e r n: Es werde jetzt hier plötzlich in zwölfter Stunde wieder ein Punkt zur Diskussion gestellt, der bisher noch nirgendwo Erwähnung gefunden. Wenn etwa daraus irgend welche Anlagemomente gegen den Angeklagten E d. Schmidt hergeleitet werden sollen, so begnüge er sich keineswegs mit dem bloßen Urteil des Herrn Direktor Conig, sondern müsse dann beantragen, das gesamte Riefenterrain im einzelnen durch vereidete Sachverständige schätzen zu lassen.

Staatsanwalt Weck: Gegen den Angeklagten E d. Schmidt wolle er bei diesem Punkt keinen Vorwurf erheben, wohl aber gegen Otto Sonden, der als Direktor der Aktiengesellschaft dieser ein Terrain verkauft und dafür Provision erhalten habe.

Justizrat S e l l o: Dies sei für Otto Sonden der sehr schwere Vorwurf einer an Untreue grenzenden Verschlingung. Er könne sich nicht damit begnügen, daß dies hier so opportunistisch gestreift werde, denn irgend einen Zweck müsse es doch haben, wenn der Staatsanwalt hier in zwölfter Stunde mit solchen Dingen hervorziehe. Er müsse deshalb eventuell formell beantragen, die schon vom Justizrat Stern angeregte Beweisüberhebung aufs sorgfältigste vorzunehmen, ohne Rücksicht auf den hierdurch entstehenden Zeitverlust.

Justizrat R u n d e l: Die Erwähnung auch der Trebertrodmung müsse doch auch einen Zweck gehabt haben. Wenn der Zweck dahin gehen sollte, daraus Anlagematerial gegen die Angeklagten neuerdings herzustellen, so müsse man doch fragen: Was ist denn eigentlich in der Voruntersuchung geschehen?

Staatsanwalt Weck will kein weiteres Gewicht auf diesen Punkt legen. Er sei fest davon überzeugt, daß hier noch nicht der fünfte Teil dessen, was Tagedlicht komme, was in Wirklichkeit geschehen sei.

Die weiteren Verhandlungen entbehren eines öffentlichen Interesses.

lokales.

Großstadtlust. Seit Charlottenburg den lästigen Sprung unternahm, sein beschauliches Dasein als Dorf mit dem vollstimmenden erhabenen Stadt- zu vertauschen, kristallisiert es in den andren Vororten fortgesetzt, um dem Beispiel der nahe Verwandten zu folgen. So schenken sich die Lichtenberger schon lange aus dem Dorf hinaus, und sie haben ein Recht dazu, denn schon die äußere Erscheinung der Ortschaft läßt die Einsamkeit und Stille einer Dorfgemeinschaft vollständig vermissen; es ist Großstadtlust, die und umfangt, wenn wir in den langen mit hohen Mietkasernen bebauten Straßen entlangzögen. Dabei ist die Grenze zwischen Berlin und dem Vorort gänzlich verwischt. Aber es ist nicht der Name oder das Streben nach Höherem, weshalb unsere Nachbar-gemeinde zu Groß-Berlin emporschieben will, es sind auch politische Gründe. Für eine so große Gemeinde ist die Landgemeinde-Verwaltung ein Erschwernis, demgegenüber die Stadt manche Vorteile bietet.

Wie weit die Lichtenberger Einwohner noch von dem ersehnten Ziel entfernt sind, liegt noch dunkel im Zeitenschoße verborgen. Jeder kleine Hoffnungsstimmer wird sofort freudig begrüßt und so deutet unser Berichterstatter den Besuch des Ministers des Innern

in Begleitung des Ober-Präsidenten und des Landrats in den östlichen Vororten Neu-Weichen, Lichtenberg und Rummelsburg als einen Schritt näher zur Entscheidung. Ueber das Ergebnis dieser Ortsinspektion wird hoffentlich die Öffentlichkeit bald in Kenntnis gesetzt.

Inzwischen setzt in Lichtenberg die Terrain- und Gauspekulation kräftig ein. Die Lichtenberger Terraingesellschaft, die ihre Riefenterrains bisher brach liegen ließ, stellt durch Straßenanlagen baureife Blöcke her. Am Bahnhof Friedrichsfelde wechseln die Besitzer der Bauplätze wie die Wäste einer Stehbirne. Die Bauunternehmer fordern für Wohnungen Preise, die einfach merkwürdig sind. Das mit den Viehhofsanlagen einverleibte frühere Lichtenberger Terrain wird mit dem Mutterort verbunden; neben der Durchlegung der Riegerstraße nach dem Bahnhof Frankfurter Allee wird nunmehr parallel mit dieser die Mirbachstraße bis an das Bahnterrain fortgeführt und dieses nach der Lichtenberger Dorfstraße überbrückt. Daneben wird im südlichen Ortsteile auf dem Bogahagener Gelände eine Mietskasernen an die andre gereicht. Alles Dinge, die ein weiteres Bestehenlassen der Landgemeinde-Ordnung für das Riefendorf im besonderen aus verwaltungstechnischen Gründen unmöglich machen.

Da nun Berlin zur Einverleibungsfrage nicht wie erwartet wurde, vor Beginn der großen Ferien Stellung nahm, kann es für Lichtenberg nur als erfreulich bezeichnet werden, daß der Minister anscheinend das Stadtverwaltungs-Projekt fördert und so dem Orte eine gesündere Entwicklung ermöglicht wird.

Die Pilzzeit hat nun auch ihren Anfang genommen. Angesichts des Unwunders, daß die Berliner mit Vorliebe in den verschiedenen Waldungen dem Pilzesuchen obliegen, sei daran erinnert, daß es unschätzbar, ja sogar verboten ist, beim Sammeln der Pilze diese mit der Wurzel aus der Erde herauszureißen, daß dieselben vielmehr vom Stocke abgeschnitten werden müssen. Gegen dieses naturgemäße Gebot wird von rücksichtslosen Pilzsammelern leider noch immer in unverantwortlicher Weise gesündigt, was zur Folge hat, daß der Pilzbestand mancher Waldungen bereits stark im Schwinden ist. Ebenso unsinnig ist, beim Suchen nach Pilzen den Moosboden mit einer Hade oder dergleichen aufzuwühlen, da hierdurch die Pilzkeime vernichtet werden. — Beim Genuß der Pilze ist größte Vorsicht am Platze. Es werden als getrocknete Morelen häufig die denselben ähnlichen, in ihren Wirkungen aber bisweilen tödlichen Korallen verkauft; auch als getrocknete Champignons häufig die geschnittenen Stiele und Hüte des Steinpilzes festschalten, denen manchmal giftige Pilze, wie der Hornling, der Knollenblätterschwamm u. a. beigemengt sind. Es empfiehlt sich, frische wie getrocknete Schwämme mit kochendem Wasser zu reinigen. Das Fleisch der ehernen Pilze bleibt nach dem Trocknen weiß, während das Fleisch der ungenießbaren Schwämme blau wird. — Die Pilzgerichte scheitern übrigens bisher noch wenig ergeblig gewesen zu sein. Die beliebtesten Pfefferlinge, welche sonst in Massen auf den Markt kommen, sind sehr sparsam anzutreffen und auch nur in kleinen, verärmerten Exemplaren und dabei hoch im Preise. Mit andren Pilzsorten ist es noch schlechter bestellt.

Zweifelhafte Treilmotoren mit vier Rädern hat die Verwaltung der städtischen Wasserwerke in ihrem Betriebe zur Einführung gebracht, welche als Hülfsfahrzeuge für schleunige Fälle zur Verwendung kommen. Die Wagen, welche von je zwei Arbeitern gefahren werden, sind mit den notwendigsten Werkzeugen für Reparaturen ausgerüstet, die in einem verschlossenen Holzkasten aufbewahrt werden. Die Motoren sind ständig abfahrtsbereit und sollen bei Wasserrohr-Verlethen und ähnlichen schleunigsten Hilfe erfordernden Unfällen zur Verwendung gelangen. Da die Räder des eigenartigen Gefährtes mit Uebertragungsketten versehen sind, bewegen sich dieselben mit außerordentlicher Schnelligkeit vorwärts und können sie innerhalb eines Zeitraumes von fünfzehn Minuten nach erfolgter Meldung auch die entferntest gelegene Unfallstelle erreichen. Die Reueinrichtung dürfte sich hauptsächlich bei Brücken und Hauptrohrleitungen, die ja stets umfangreiche Ueberschwemmungen zur Folge haben, bewähren.

Das Blumenmedium Anna Nothe verhält sich während der Beobachtung seines Geisteszustandes durchaus ruhig, macht gar kein Aufsehen und verzichtet ganz darauf, für seine Kunst und Wissenschaft aus der vierten Dimension zu werben. Frau Nothe lebt ganz wie ein vernünftiger Mensch. Um so lebhafter aber geht es immer noch von außen her um sie zu. Ueberspannte Frauen, die ihr nach wie vor anhängen und steif und fest auf sie schwören, suchen auch jetzt noch unter allen möglichen Vorwänden und Erzählungen Zutritt zu ihr und ihren Werkzeugen zu erlangen, so oft sie auch abgewiesen werden.

Ordnungswidrige Antisemiten. Die für gestern abend bei Keller in der Kopenstraße von den Antisemiten einberufene Versammlung, in der Graf Adler wieder eine Vorstellung geben sollte, ist von der Berliner Polizei mit folgender Begründung verboten:

„Die für Dienstag, den 8. d. Mis., in Aussicht genommene Versammlung in dem Lokale Kopenstr. 29 wird aus ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Gründen gemäß § 10, Titel 17, Teil II des Allgemeinen Landrechts hiermit untersagt, weil nach den Vorgängen in der letzten derartigen Versammlung eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in derselben zu erwarten ist.“

Wieder ist der Paragraph des Allgemeinen Landrechts unter Inniger Freude der Antisemiten nur gegen Anarchisten und vereinzelt auch gegen Sozialdemokraten angewandt. Wir haben dieser Auslegungslust der Polizei jederzeit entschieden widersprochen und können der „Staatsbürger-Zeitung“ auf ihre Anfrage, wie sich die Parteien zu dieser Beschränkung des Vereinsrechts verhalten, kurz entgegen: Die Auslegung dieser Bestimmung des Allgemeinen Landrechts ist gegen jede politische Partei eine Ungerechtheit, aber gegen einen politischen Karren angeordnet ein grober Mißbrauch.

Einigen bedürftigen Personen beiderlei Geschlechts, und zwar jungen Männern, welche ein mit der Metall- und Eisenindustrie im Zusammenhang stehendes Gewerbe erlernt und jungen Mädchen, welche ihre Schulzeit hinter sich haben, können für den Fall, daß sie einen selbständigen kaufmännischen oder gewerblichen Beruf erstreben, die hierzu erforderlichen Mittel aus einem dem Magistrat zur Verfügung gestellten Betrag bewilligt werden.

Verwundungsgesuche bedürftiger Personen, die deutsch- oder deutsch-österreichischer Abstammung sind und mindestens zwei Jahre hier gelebt haben, sind bis zum 1. L. Mis. an die städtische Stiftungs-Deputation einzureichen.

Den Gesunden sind die Schul-, Lehr- und sonstigen Zeugnisse, sowie der Lebenslauf beizufügen.

Ein großer Fabrikbrand kam gestern früh in der Fabrik für Blechemballage, Aktiengesellschaft (vormals O. J. Schäfer) in der Lichtenbergstr. 107 zum Ausbruch und verursachte ganz bedeutenden Schaden. Da auch die Verlagsbuchhandlung von Georg Reimer und J. Guttentag, Gesellschaft m. b. H. stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Das Feuer entstand auf noch nicht ermittelte Weise im vierten Stock des ersten Quergebäudes, und zwar im Kacherraume. Die dort befindlichen Lade und Oele begünstigten seine Ausdehnung dergestalt, daß als die ersten Löschzüge 9, 10 und 12 um 3 1/2 Uhr am Brandplatz erschienen, die Flammen bereits aus sechs Fenstern herausströmten. Da die Gefahr in ihrem vollen Umfang nicht sofort abzusehen war, zog Brandmeister C l e n e r noch die Löschzüge 11 und 19 heran. Ueber mechanische Leitern und Treppen hinweg wurde dann das verheerende Element angegriffen. Die Aufpersicherungen des Fabrikgebäudes zersprangen und die Fenster Scheiben des zweiten Oberbundes zersprangen. Bald hatte das Feuer auch die Schleiferei, Lumbererei sowie die Lithographiewerkstatt erfasst und seinen Weg zum Dachstuhl gefunden. Fast drei Stunden hatte die Wehr mit größter

Anstrengung zu kämpfen, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten. Den Haupt Schaden hat die Fabrik für Blechemballage davongetragen, doch wird sie ihren Betrieb fortsetzen. Aber auch die Verlagsbuchhandlung von G. Reimer u. J. Guttentag ist hart betroffen. Die im Dachgeschoß aufgestapelten Bücher, sowie große Posten fertiger Lithographiesteine sind arg beschädigt. Um 1/2 1/2 Uhr konnten die letzten Löschzüge erst wieder abziehen, nachdem den erschöpften Mannschaften Rast verabreicht war.

Ein Paketmarder wurde in der Person des Postboten M. auf dem Paket-Postamt in der Oranienburgerstraße auf frischer That ertappt. Im Nachdienen, während einer Ruhepause, hatte M., der sich unbeobachtet wähnte, ein Soldatenpaket beiseite zu schaffen gewußt und es geöffnet. Von dem Inhalt eignete er sich einen Wertbetrag von mehreren Mark an. Ein Mitarbeiter des ungetreuen Beamten hatte dessen Treiben beobachtet und erstattete pflichtgemäß Anzeige. M. wurde vernommen und gestand, nach kurzem Leugnen, seine Schuld ein. Er wurde verhaftet und in seiner Wohnung Haussuchung abgehalten, da er im Verdachte steht, in letzter Zeit wiederholt Pakete geklindert, namentlich ihnen bares Geld entnommen zu haben. Der Verhaftete steht bereits seit sieben Jahren im Postdienste und erfreute sich des vollen Vertrauens seiner Vorgesetzten. Er soll oft in eleganter Zivilkleidung mit seiner Braut gesehen worden sein und weit über seine Verhältnisse hinaus gelebt haben. Seine noblen Passionen haben ihn schließlich auf die Bahn des Verbrechens gebracht.

Geflügeliebe treiben zur Zeit in den Außenstadteilen Berlins und in den angrenzenden Vororten wieder ihr Unwesen. In den letzten Tagen sind der Polizei nicht weniger als 16 Anzeigen über derartige Diebstähle zugegangen, die alle ganz gleichartig vollführt und wohl von einer Bande verübt worden sind. Die Tiere werden an Ort und Stelle getötet, indem man ihnen den Kopf abdreht und vermullich, um sich nicht durch Blutspuren zu verraten, lassen die Diebe die Vögel auch gleich auf dem Hofe ausbluten.

Durch einen Einbruch empfindlich geschädigt wurde das Gärtler Peterstraße Ehepaar aus der Stallierstraße 41. Während Mann und Frau sich auf ihrer Arbeitsstelle befanden, öffneten Diebe ihre Wohnung, durchwühlten alle Behältnisse und stahlen 80 M. bares Geld, einen Anzug und vier Versicherungskarten.

Gefohlene Gegenstände. Am 9. Mai d. J. erschien bei einem Pfandleiher in der Gartenstraße ein etwa 40 Jahre alter Mann und verleihte eine silberne Damen-Remontoir-Uhr Nr. 142 598. Etwa vier Wochen später wollte dieselbe Person eine silberne Herren-Remontoir-Uhr Nr. 87 321 bei dem gleichen Pfandleiher verleihen, lief jedoch auf den Vorhalt des Pfandleihers, daß er zu der vorgezeigten Legitimation nicht identisch sei, davon. Die Uhren sind vermullich gestohlen und wollen sich Eigentümer an dem Polizeipräsidium, Zimmer 331, in den Vormittags-Dienststunden an Wochentagen melden.

Die Leiche des ertrunkenen Buchhalters Karl Förster ist gestern in der Nähe der Angoldstraße aufgefunden worden. Der Berunglückte ist offenbar von den an der Liebesinsel sehr reichen Schlingpflanzen beim Sprung ins Wasser in der Tiefe festgehalten worden.

Dem Aufsichtskarteneifer fiel am Sonntag ein Familienvater von 3 Kindern zum Opfer. Der Mann benutzte auf einer Eisenbahnfahrt den kurzen Aufenthalt in Rasteln, um vom Bahnhof aus eine Ansichtskarte nach Hause zu senden. Die Auswahl und das Beschriften nahmen aber die ganze Pause in Anspruch und als er dann hastig den Bahn in Bewegung befindlichen Zug bestiegen wollte, kam er so unglücklich zu Fall, daß er sofort totgefahren wurde. Nachdem die Trauerbotschaft der Familie gemeldet war, kam am Montag früh die verhängnisvolle Ansichtskarte an.

Unfall. Verwundet stürzte auf dem Gerüst eines Baues in der Alexandrinenstraße Dienstagmittag der Arbeiter F r i e d r i c h W a g n e r nieder. Kollegen hoben den tot Daliegenden auf und schafften ihn zunächst nach der Unfallstation in der Alexandrinenstraße und von da nach dem Krankenhaus Moabit.

Ueberrfahren. Der Antsker Joseph Birzinski wurde Dienstagmorgen in der Lindowstraße von einem Geschirr überfahren und schwer verletzt. Er hatte eine klaffende Wunde am Kopf und einen Bruch des linken Armes davongetragen, und mußte dem Krankenhaus Moabit zugewiesen werden.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nizdorf. Die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts wurde gestern von spielenden Kindern an der Treptowerstraße aus dem Wiefengraben gezogen. Da die Leiche schon mehrere Tage im Wasser gelegen hat und daher bereits in Verwesung übergegangen war, konnte noch nicht festgestellt werden, ob das Kind gelebt hat oder nicht. Der Tat verdächtig ist eine Frauensperson von ca. 25 Jahren und ein Mann von ca. 40 Jahren, welche vor einigen Tagen sich an der Grundstelle höchst auffällig benahmen. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. — Durch die Explosion einer Spiritusflamme entlitt die Pietenstr. 47 wohnhafte werchliche Arbeiter Engelhardt schwere Brandwunden am Arm. Die Explosion erfolgte, als Frau E. einen noch brennenden Spirituslocher nachfüllen wollte.

Der Köpnicer Forsterlaß macht Schule. Die Oberförsterei Zegel hat sich von der Oberförsterei Köpnic infolge der guten Erfahrungen, die diese mit ihrem Ausruf zum Schuß des Waldes usw. gemacht, den Vortritt des Ausrufes erbeten und denselben als erste für den Forst Zegel erlassen. Die gedruckten Aufforderungen sollen in den Gastwirtschaften und im Forst angeschlagen werden.

Ein Geisteskranker, welcher nur mit Hemd und Strümpfen bekleidet war, wurde in der vorletzten Nacht auf dem Schloßplatz in Köpnic polizeilich festgenommen. Auf der Polizeiwache nannte sich der Unbekannte Ausheber Hugo Marksteiner aus Posen, gab an, 83 Jahre alt und bereits in einer Irrenanstalt gewesen zu sein. M. wurde eingekleidet und dem Köpnicer Krankenhaus überwiesen. Auf die telegraphische Anfrage der Köpnicer Polizeiverwaltung ging aus Posen die Antwort ein, daß der bei der dortigen Provinzial-Steuerdirektion angestellte Steueranfischer Hugo Marksteiner seit dem 1. Juli vermißt wird. Wie der Mann nach Köpnic gelangt ist, bedarf noch der Aufklärung.

Die politischen Parteien im Wahlkreis Potsdam-Spandau-Cshabrand. Man schreibt uns: Ein Blick auf die Ergebnisse der drei letzten Reichstagswahlen in unserem Kreise läßt keinen Zweifel darüber, daß die sozialdemokratische Partei bei der künftigen Wahl die besten Chancen hat, als Siegerin hervorzugehen. Bis 1893 gehdte der Kreis dem Freisinn, seitdem hat seine Stimmenzahl ganz rapid abgenommen. 1890 brachte der Freisinn noch 8748 Stimmen, 1893 aber nur 6328 Stimmen und 1898 gar nur noch 5082 Stimmen auf. Das ist ein großer Teil der freisinnigen Wähler direkt in das Lager der schmerzhaften Reaktionen übergegangen ist, beweist ein geringes Steigen der Stimmenzahl der „Staatsverkäufenden“ von 1893 auf 1898.

1890 erhielt der Freisinn 10 180 Stimmen, 1893 dagegen 11 877 und 1898 endlich 13 293 Stimmen. In dieser Zeit hat die Sozialdemokratie hingegen ihre Stimmenzahl verdoppelt; 1890 erhielt unsere Partei 4977 Stimmen, 1893 stieg die Zahl auf 10 140 und 1898 auf 11 818 Stimmen. Erklärt der Fortschritt, den unsere Partei von 1893 auf 1898 genommen hat, auch gering, so kommt doch in Betracht, daß inzwischen die Aufklärung unter den Arbeitern, namentlich auch bei den Staatsarbeitern, erhebliche Fortschritte gemacht hat. Immerhin wird es noch zäher Energie

nicht mehr verpflichtet. Die letzte Frage ist allerdings freigelegt. — **Ch. Ja.** — **Wiesinger, 3.** 1. Das Gesetz ist an den Landrat zu richten. Ein Beispiel finden Sie S. 441/442 des in den öffentlichen Verhältnissen und in den „Arbeiterrecht“ 2. und 3. Teil. — **W. G. 100.** 1. Ja. 2. In beiden kann sich der Wert halten. 3. Innerhalb 3 Monaten nach Kenntnis von der Beleidigung ist die Beleidigungsklage anzustellen. — **Wiesinger, 21.** Die Sitzung der Berliner Gewerbe-Ausschussung vom Jahre 1879 hat die Binsen von 300 000 M. zu geeigneten Beispielen für die Ausbildung der der Industrie und dem Gewerbe sich widmenden Jugend zu verteilen. Im Kuratorium befindet sich Tugener, Waldh. 41 wohnhaft. An ihn wollen Sie sich wegen weiterer Auskunft eventuell wenden. — **G. R. 1.** Leider liegt kein Vermerk des Gerichts vor. Die Vertretung des Kindes liegt auch nach geschiedener Ehe, selbst dann, wenn der Vater für den schuldigen Teil erklärt ist, dem Vater ob. Es kann das Gericht im Einzelfalle einen Pfleger bestellen, wenn der Vater seine Pflicht zu erfüllen sich weigert. Sie müssen die Antwort des Vaters abwarten und eventuell mit dem Richter persönlich Rücksprache nehmen. Ob Sie die Kinder vermögensrechtlich vertreten können, ergibt sich aus Ihrer Bestellung. Das Gericht kann Sie zum Pfleger zwecks Abchluss des Vertrages ernennen. — **W. G. 1000.** 1. Ein freiwilliger Verkauf eines Hauses bedingt den Mittelvertrag nicht auf 2. Teil. 3. Eine Frist besteht hierfür nicht: ein Pfand wird nicht durch Zeitablauf Eigentum dessen, dem das Pfand übergeben ist. — **Hörnscher.** Von der Krankenkasse, nicht von dem Unternehmer hat der Erkrankte auch dann, wenn er nicht angemeidet war, die statutensmäßigen Leistungen zu verlangen. Durch seine Beschäftigung wird er Mitglied der Kasse. Die Kasse verlangt hernach Ertrag vom Unternehmer.

Wenden Sie sich also an die Kasse. — **N. 27. 3.** Rein. Wahrscheinlich haben Sie die internationale Uebereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel im Auge. Diese Uebereinkunft ist im Reichstage am 5. Juni beraten und angenommen. Den Inhalt der Uebereinkunft haben wir seiner Zeit dargelegt. Nach dieser Uebereinkunft soll u. a. der Verkauf und das Heilziehen der in der Wildnis der nützlichen Vögel aufgeführten Vögel in der Zeit vom 1. März bis 15. September verboten werden. — **Stener.** Ja. — **W. G. 76.** 1. Ja. 2. Nein. — **Streit.** Wer zu Unrecht entlassen ist, hat Anspruch auf den Lohn für die Dauer des Vertragsverhältnisses. Er muß sich jedoch den Wert desjenigen anrechnen lassen, das er infolge des Unterbleibens der Dienstleistung erlitten hat (z. B. Garnaufschlag) oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt. Die näheren Verfügungen finden Sie in dem in den öffentlichen Verhältnissen ausliegenden „Arbeiterrecht“ S. 109—112. — **W. 71.** Die Versicherungslosen gehen erst vom Erlöse ab. Bleibt ein Rest nach Abzug der Forderung, dementalsam verbleibt es, so wird dieser dem dem Geschäftsvollzieher der Erben übergeben und hinterlegt. Sie würden sich unter Nachweis Ihrer Erbschaft an den Geschäftsvollzieher zu wenden haben. — **C. 30.** **N. 27. 77.** 1.—3. Leider gibt es für Joren Fall passende Anstalten nicht. Wenden Sie einen Versuch mit einer Eingabe an die Direktion der Heilanstalt an Grabowsee bei Oranienburg. 4. Beratung auf scheidungsrichterliche Entscheidung ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Berufungsurteils zu richten. 5. Invaliditätsrente kann bei vorhandener Invalidität neben der Unfallrente beansprucht werden. Es darf jedoch Unfall-

und Invaliditätsrente zusammengerechnet bei Versicherter der Lohnklasse I nicht mehr als 450, der Lohnklasse II nicht mehr als 525, der Lohnklasse III nicht mehr als 600, der Lohnklasse IV nicht mehr als 675, der Lohnklasse V nicht mehr als 750 M. betragen. 6. und 7. Wenden Sie sich an die Abteilung für Invaliditätsversicherung, Breitenstr. 24a. — **G. R. 38.** Rein.

Witterungsbericht vom 8. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	760	SB	3	bedeckt	Caparanda	756	NO	4	bedeckt
Homburg	763	SB	3	bedeckt	Bretterburg	751	SO	1	wolfig
Berlin	762	SB	3	bedeckt	Korf	767	SB	1	wolfig
Frankf. a. M.	764	SB	3	bed. bed.	Aberdeen	—	—	—	—
München	768	SB	4	better	Paris	768	NO	1	better
Wien	762	SB	1	bed. bed.	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 9. Juli 1902.
Zunächst vielfach better bei mäßigen westlichen Winden, höherer Nacht, aber rasch steigender Tagestemperatur; später neue Erdrückung und etwas Regen.

Nach jahrelangem, schwerem Veldem entließte heute mittags 12 Uhr meine liebe Frau, meine gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Frau Emilie Häuse, geb. Loge,** im Alter von 77 Jahren. Die trauernden Hinterbliebenen: Karl Häuse, Verletztbohlenlager, Berlin, den 7. Juli 1902. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rosaroth-Kirchhofs, Berlinerstraße, aus statt. 7406

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Ludwig Rosenberger** gestorben ist. 117,6
Ehre seinem Kedenken!
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 9. Juli, nachm. 5 Uhr, vom Trauerhause Bienenhaldenstraße nach dem neuen Rosaroth-Kirchhof in Plothen. Rege Beteiligung erwartet.
Die Ordoverwaltung.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse zu Berlin.
Sonnabend, den 19. Juli 1902, abends 8 Uhr, bei Dierke, Adersr. 123:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1901/1902 und Bericht der Revisoren. 2. Festsetzung der Entschädigung für den Vorstand und die Revisoren. 3. Beschlußfassung, in welchen Leistungen die Bekanntmachungen der Kasse satzungsmäßig haben. 4. Remuneration für die auscheidenden Vorstandsmitglieder; es werden aus: der Vorliegende Herr K. K. e. und der stellvertretende Schriftführer Herr S. L. t. e. 5. Beschlußfassung.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. 7235
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
S. K.: Kug. K. e., Vorsitzender, Schulzenhofstr. 6, IV.

Strand-Restaurant Waggelsee
zwischen Ruppelsdorf u. Kuchelhofstr. am
Gespähe Häfen, Berlin und
Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genussige Abendessen. Beschlagnahme aller Art. Coullante Preise.
45119 **H. Degebrant.**
„Strandlohn“, Ruppelsdorf.

Für 40 Mark
Lieferer elegante Anzüge nach Maß. Tadellos. Ein garantierter. Auf Bestellung komme mit Muster. 6465
H. Salberg, Badstr. 58.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 9. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Der Riesenbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Theaterplatz: Offenbach's Cyclus (Vainpöl und Verinette. — Die Fandango. — Frischen und Wiesen.) Anfang 8 Uhr.
Wolken. Fra Diavolo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Moritz-Oper.) Die verkaufte Braut. Anfang 8 Uhr.
Neues. Lebige Leute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Coralle u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Der Dämon. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Herrliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Pyrrhus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vossage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Vossage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Zauberkunst. 48/49. (Am Theaterplatz.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Invalidenstr. 57/58.
Täglich: Sternmarie.

Central-Theater.

Heute, den 9. Juli, Anfang 8 Uhr.
Stim 167. Role:
Coralle & Cie.
Schauspiel in 3 Akten
von K. Bolandreau u. M. Henneguin.
In den Zwischenakten: Zwischenaktmusik.
Morgen: Coralle & Cie.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. **Moritz-Oper.**
Die verkaufte Braut.
Donnerstag: Ein Maskenball (Amelia). Freitag: Vorletzte Gastspiel Franceschina Pravosti. **Carmen.** Sonnabend: Die verkaufte Braut.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Benefiz für Alex. Tyrkowski.
Der Dämon.
Schauspiel in 7 Akten.
Im Garten: Anderer. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten.
Um 9 Uhr: **Zum 100. Male: Lysistrata**
Ausstattungsoperette von Paul Lincke.
Im 2. Akt: Das berühmte Luftballon „Grigolatte“.
Um 8 Uhr: **Neue grossartige Spezialitäten.**
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.

Wintergarten.

Im Auserat amüsant. Juli-Programm:
Otto Reutter.
„Das Mädchen mit dem gold. Haar“ und
16 andre brillante Spezialitäten.

Max Kliems

Sommer-Theater.
Häsenheide 13—15.
Artisticher Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:

Die deutsche Ostseeküste.

DOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
— Sonnabend und Donnerstag: —
3 Kapellen.
Entree 1 Mark
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 105.
König Eduard VII. u. Königin Alexandra
im Krönungs-Ornat!
Neu! Riesen-Projektionsbilder aus **London**
mit erläuterndem Vortrag.

Passage-Theater.

Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern.

Passage-Panoptikum.

Moles Pariser
Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Seefänger. Tigerkabe.

Belle-Alliance-Theater.

Bei günstiger Witterung auf der Gartendüne. Bei ungünstiger Witterung im Theater:
„Die Dame aus Trouville“.
Hierauf: „Gr.“. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42025
Am Friedrichshain
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz.
Jeden abend 10 Uhr:
Gente von heute.
Große Halle mit Orchester und Tanz.

Prater-Theater

Kahlsden - Mlee 7—9.
Täglich:
Tausend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Akten.
von Hugo Schulz.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße Nr. 58.
Täglich:
Das großartige künstlerische Juli-Programm. — Clara Antoni vom Apollo-Theater. Molly Verch, der lustige Robald. Schmidt Hawkins, der drahtige Komiker der Gegenwart. Willy Agoston, das verrückte Genie in **Berlin auf Stelzen.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfennig. Vorzugsarten haben Günstigkeit. Staffeleitche. Im Saale: **Ball.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hohbahn.
Täglich im Garten, bei un-
günstig Witterung im Saal:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger
und Konzert.

Sonntag, Montag und
Donnerstag nach der
Vore: Tanzkränzchen.
Tanz frei!
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 30 Pf.,
ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags
6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 8 Uhr 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr
Tageskasse 11—1 1/2 Uhr
Ein vergünstigter
Wahltag.

Fröbels

Allerlei Theater

früher Pahlmann
Schönhäuser Allee No. 148.
— Heute und folgende Tage: —
Gr. Fest-Vorstellung
zu Ehren der hier in Berlin weilenden
Schüler.
Das große Juli-Programm.
Unbeschreiblichen Jubel hat um
6 1/2 Uhr der unsterbliche **Carl**
Braun. Hugo Schulz, Vulkanos
Taufspuk.

„Endlich allein“.

Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Sommertheater

Marienbad

Badstr. 35/36. Gesundbrunnen.
Täglich:
Das erstklassige Spezialitäten- und
Theater-Programm. Größter Er-
folg! Punkt 10 Uhr: Schloß!
Berlin wie's lebt und lacht
Entree 20 Pf.
Sonntag: **Ball.**

W. Noacks Theater.

Frauenstraße 16.
Täglich Theater- u. Specia-
litäten-Vorstellung.
Rosen und Dornen.
Bühne mit Orchester u. Tanz in 2 Akten.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Schloss Wedding-Park.

Müller-Strasse 178,
gegenüber der Dankestraße.
Jeden Sonntag: Norddeutsche
Sänger und Ball.
Dienstag: Nord. Sänger.
Donnerst.: Norddeutsche
Sänger und Ball.
Sonnab.: Nord. Sänger.
Gute veredelte Kegelsch. Boils-
betreibungen. Anf. 6—8 Uhr.
Karl Hellmann.

Ostbahn-Park.

Am Klotzenerplatz. Rittersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.

Wo? Wie? Was?

Wo ist jeden Montag, Mittwoch,
Donnerstag, Sonnabend großer Ball?
Wo herrscht die größte Gemütsfreiheit?
Wo ist der schönste Damentanz?
Wo finden wir die Grand-Vorstellung?
Wo ist die schönste Tanzmusik?
Wo findet das Tischchen 15 Pf.?
Und wo ist für Herren und Damen
Entree und Tanz frei? 45773
Nur im **Englischen Garten,**
Alexanderstr. 27c, bei Hoffmann.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Vertrauensmänner-Centralisation.

Donnerstag, 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus,
Zielerstraße 12:
Außerord. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die stellen sich die Bauarbeiter Berlins dem Verhören der Baunnter-
nehmer gegenüber betrefend Tarifvereinbarung. 2. Diskussion. 31/5
Da die Tagesordnung eine wichtige ist, um so mehr, da sich
unsre Kollegen zum größten Teil im Auslande befinden und die Central-
organisation gewillt ist, eine Lohnvereinbarung zu schließen, macht es jedem
Kollegen zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission. L. A.: Hermann Norgel.

Konsum-Verein Berlin-Süd

in Liquidation
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Die General-Versammlungen vom 12. und 25. Juni 1902 haben zu e d s
Anschlusse an die „Konsum-Genossenschaft Berlin und
Umgegend“ einstimmig die Liquidation unseres Vereins
beschlossen.
Auf Grund des § 82 des Genossenschafts-Gesetzes fordern wir alle die-
jenigen, welche Anspruch an obgenannte Genossenschaft zu stellen haben,
auf, solche in unserm Comptoir, Gräferstr. 40, unverzüglich geltend zu
machen.
Die Liquidatoren:
Paul Müller, Hugo Schmidt, Emil Welt.

An unsere Mitglieder!

Hiermit ersuchen wir alle, welche ihren Uebertritt noch nicht voll-
zogen haben, dies baldmöglichst bewerkstelligen zu wollen. Beitritts-
Erklärungen hierzu liegen in den Verkaufsstellen **Krüderstr. 5,**
Gräferstr. 40, Kreuzbergstr. 36—38 und in **Tempelhof, Berliner-**
straße 76, aus.
Weisunglich richten wir an diejenigen, welche ihre Mitgliedsbücher
und Zinsenden-Marken noch nicht abgeliefert haben, in ihrem eigenen
Interesse die Bitte, dies umgehend in den genannten Verkaufsstellen
zu thun. 126/1*

Achtung, Vereine!

Zwei Vereinszimmer zu 40 und
60 Personen zu vergeben. Anständig
von erst. Saubtheit. 43982*
F. Wegner, Adersr. 21.

Größte Auswahl,

anergewöhnlich billige Preise
Special-Hut-Engroslager
Einzel-Verkauf im Comptoir
Neue Königsstr. 48
(1 Tr., Alexander-Platz).
Fitzhüte für Herren,
moderne Form, mit Satinfutter,
1.50 M., mit Atlasfutter 2.00 M.,
hochfeine Qualität 2.50, extra
feine 3.00—4.50 M. Edelweisse
Qualitäten edel. Gylinderhüte
und **Chapeau claque** in
großer Auswahl.

Achtung! Töpfer!

Den Kollegen zur Kenntnis, daß die
Arbeitsvermittlung nach wie vor
abends zwischen 6 und 7 Uhr in meinem
Bureau, Klosterstr. 101, stattfindet.
Der Vorstand des Vereins der Töpfer
200/8 Berlins und Umgegend.

Achtung! Töpfer! Achtung!

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ befindet sich eine Annonce, die Bezug nimmt auf den
paritätischen **Arbeits-Nachweis** und unterzeichnet ist: „Der Vorstand
des Vereins der Töpfer Berlins“. In derselben wird behauptet, daß „nach
Anspruch des Obermeisters Herrn Thiele kein Beschluß der Innung vorliegt,
vielmehr jeder Arbeitgeber berechtigt ist, Gesellen ohne Benutzung des Nachweises
einzustellen“. — Wir erklären dieses für eine Unwahrheit. In unserem Wesen hat die
April-Quartalsversammlung der Innung gegen 5 Stimmen die Einführung des
Arbeits-Nachweises nach dem Entwurf des Gesellen-Ausschusses beschlossen und zugleich
eine Kommission gewählt, die in Gemeinschaft mit dem Gesellen-Ausschuss alle Vorarbeiten bis zur Zeit des Inkraft-
tretens des Nachweises zu erledigen hat. — Es ist ferner nicht wahr, daß der Obermeister nach wie vor Gesellen
ohne den Nachweis einstellt; derselbe hat vielmehr seit Sonnabend den Nachweis in Anspruch genommen und auch
Gesellen erhalten. — Den Kollegen sind Verfasser und Unterzeichner der Annonce zur
Genüge bekannt und erübrigt es sich, an dieser Stelle des näheren auf diese Hand-
lungsweise einzugehen. — Wir ersuchen unsere Kollegen dringend, den Beschluß der
letzten Versammlung hochzuhalten und jede Umgehung des Nachweises zu melden,
damit wir in der nächsten Versammlung Stellung gegen alle diejenigen nehmen
können, gleichviel ob Arbeitgeber oder Kollegen, die in selbstthätiger Weise den
Nachweis illusorisch zu machen versuchen. 100/1

Der Gesellen-Ausschuß.

J. A.: G. John. A. Neumann.

Brillan und Pincenez

angepasst u. vorzuzugl. sitzend. findet
man in jeder Ausführung in dem
Institut für Präzisions-Optik von
Ernst Riek, Inh. C. Buttendorff,
BERLIN N., Weinbergweg 15b,
zweites Geschäft v. Rosenth. Thor.
Reise- u. Theatergläser v. 4.50 a.

Ernst Riek, Inh. C. Buttendorff,

BERLIN N., Weinbergweg 15b,
zweites Geschäft v. Rosenth. Thor.
Reise- u. Theatergläser v. 4.50 a.

Für 40 Mark

liefern elegante Anzüge nach
Maß. Tadellos. Ein gar-
rantierter. Auf Bestellung
komme mit Muster. 6465
H. Salberg, Badstr. 58.

Hasenheide 108/114. **Neue Welt.** Arnold Scholz.
Heute, Mittwoch:
Grütes großes Grute-Fest
 verb. mit Gratifizierung, Tombourenen und Fackelpolonaire.
 Hauptgewinn für Knaben: Eine silberne Herrenuhr. Hauptgewinn für Mädchen: Eine goldene Damenuhr.
Bothe-Konzert. Spezialitäten-Vorstellung.
Autmann Polle hält eine Ansprache an die Kinder. — Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr. Eintritt 15 Pfennig. Saalfläche: 3 Regalbahnen. Ruf, Ruffeldbahn. — Programm: Elbs-Tag.

Grosser Saal mit Garten und großer Theaterbühne 5245
Frankfurterstraße 74
 an Vereine verschiedene Sommerabende nach freier Wahl können Sommerfeste abgehalten werden.

Jonig! Universalität. Deutscher Bienenkönig, best. Qualität, vorr. die 10 Pfundboxe zu 6,50 RM, 5 Pf. 4 RM. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhofs-Krugstr. 10, 10117.

Andreas-Festsäle
 Andreasstr. 21.
 Vom 1. Juli cr. ab übernehme ich obige Säle und stelle dieselben den Vereinen zu zur Verfügung. Es wird mein Bestreben sein, die besten Speisen und Getränke zu den constantesten Bedingungen zu liefern. Bestellungen werden schon jetzt täglich, auch Sonntags, nachmittags von 1 bis 9 Uhr, im Bureau, Andreasstr. 21, entgegengenommen.
 44459*

Wilhelm Kussin.
Dr. Simmel, Prizonstr. 41.
 Spezialarzt für 25/17* **Haut- und Harnleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.
 Kustunft bis abends neun. [45309*]

H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung.
 Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engelbecken, Gegründet 1863
 empfiehlt als Spezialität: 45600*
Magdeburger und Nordhäuser Kautabak
 sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabake.
 Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 5513.

30 Mark
 hochfeine Sommerpaletots.
30 Mark
 hochfeine Herrenanzüge.
 12 Mark hochfeine Feinleiber.
 Anfertigung nur nach Maß.
 Unter Stoff, tafelloser Sitz. [45358*]
14 Krausenstraße 14,
 1 Tr., Tel.-Mitt. 1 Nr. 3708. 1 Tr.

Wer — Stoff — hat.
 Fertige Anzüge 20 Wt., feinste Jute, 2 Anproben für guten Sitz beim goldene Medaille. Handnäherin. **Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 25, 2 Tr., nahe Alexanderplatz, Begr. 1892.** Komme auch Maßnahmen ins Haus. Bitte Postkarte.

1. Ziehung 1. Klasse 207. Rgt. Preuss. Lotterie.
 Ziehung am 8. Juli 1902, vermittlungs-
 Kommissar des GO RZ. hat den hiesigen
 Kommissar in Klammern beigefügt.
 (Ohne Gewähr.)

16 211 72 304 400 37 69 544 612 49 64 93 708 60 70
 1(21) 40 335 86 [200] 343 432 83 130 [218] 200
 337 63 501 52 9005 123 396 720 927 4100 97 289 301
 20 [150] 462 632 734 [108] 7 74 9022 126 262 70 370
 431 821 [15 000] 946 6207 371 539 65 690 92 729 85
 7300 33 696 767 88 92 862 93 972 8065 8 149 232 246
 695 840 954 9001 52 [100] 86 163 67 201 6 828 614 32
 76 704 954

10009 163 92 243 369 407 49 539 72 78 806 912
 11174 882 89 627 12076 217 [100] 53 438 41 80 516
 610 784 545 971 13072 73 [100] 84 141 70 248 356 436
 55 551 72 608 [100] 708 87 [150] 809 88 94 999 14004
 37 133 410 580 690 728 812 64 70 999 88 15063 359
 95 479 563 706 16005 34 207 [100] 341 48 73 711 58 59
 879 915 17116 209 335 983 83 80 977 18042 77 177
 427 503 21 63 [100] 703 83 924 19020 711 378 518
 44 48 775

20061 131 319 28 419 35 641 63 67 774 21068
 [200] 82 91 112 420 712 92 838 22023 235 434 643
 703 968 23008 110 63 292 96 384 431 51 612 831 837
 25 24060 129 522 868 769 80 810 19 76 25113 232
 63 337 421 26041 161 223 29 464 515 [200] 21 52 601
 800 27008 32 200 76 342 432 855 28080 88 109 15
 48 290 313 72 33 747 98 922 70 [100] 95 29022 70 230
 [100] 84 [100] 382 486 94 537 59 909 31 [200]

30132 303 80 400 62 545 638 33 889 31030 119
 245 82 339 528 708 27 [150] 895 927 [100] 70 89 32115
 88 435 [100] 517 612 727 45 328 901 7 97 33919 59 64
 106 59 226 758 34054 255 [100] 88 [150] 375 692 839
 50 53053 146 75 403 596 97 723 980 36101 73 286
 392 33 373 778 82 367 905 37196 303 88 454 91 563
 7 771 35090 193 300 57 589 693 748 972 [100] 52 68
 29078 336 42 659

40010 39 48 147 64 253 94 395 325 49 55 715 73
 904 [100] 41026 30 113 33 483 607 [150] 73 [100] 723
 26 51 82 832 934 42 445 53 203 522 428 84 300 635 45
 77 44 905 43170 77 385 148 687 65 710 44100 [100]
 222 408 92 629 981 45127 239 34 432 610 3 742 87
 805 40 53 46002 118 261 300 596 633 432 [100] 82 745 69
 804 70 030 47438 620 44 49301 7 29 545 677 748 97
 888 946 49042 819 245 60 85 [100] 381 99 354 37 631
 768 954 91

50000 21 125 257 678 635 51062 60 76 100 319
 82 443 342 47 627 92 [200] 810 919 78 52007 220 91
 091 60 92 071 53090 158 285 544 47 792 54001 452
 908 [100] 49 76 55042 58 297 858 89 920 56176 352
 63 592 604 52 827 75 938 57016 72 123 30 48 90 257
 642 58331 37 425 90 838 47 713 24 59098 80 [150]
 327 788 881 995

60124 253 350 94 443 52 87 581 030 [100] 23 799
 61010 80 202 347 473 605 744 848 952 62024 81 344
 53 480 [100] 903 63148 305 21 328 414 80 870 64002
 61 99 104 96 412 549 61 614 35 834 77 65005 198
 19 95 287 363 97 479 731 829 30 40 51 [100] 63 60381
 158 289 331 416 507 23 35 644 [100] 81 [150] 892
67102 89 315 475 797 68107 22 71 201 597 69080
 [100] 197 [150] 98 269 78 406 544 966

70004 106 58 [100] 411 556 71181 326 444 538
 643 662 78230 491 578 646 725 808 73044 283 318
 40 425 944 74016 282 309 61 418 648 739 85 35 811
 [100] 637 75099 359 519 21 98 718 544 76191 227
 44 53 304 707 510 985 88 77026 128 204 73 500 [100]
 833 30 72 77 78132 40 94 [100] 204 365 449 56 515
 [150] 92 683 778 809 [100] 76091 96 229 49 339 75
 642 730 801 73 77 923 71

80109 49 373 420 542 88 672 700 [100] 42 966
 81019 120 260 328 473 565 88 629 41 60 710 63 940 81
 83 82979 482 888 83087 274 387 634 48 823 51 955
 78 84273 550 59 635 765 832 944 85124 212 334
 67 445 640 54 916 86061 124 33 53 63 245 75 93 393
 400 726 83 901 87220 39 503 75 697 797 894 58073
 76 915 89444 183 345 898

90019 189 98 216 820 73 83 901 20 91207 29
 65 88 94 328 38 550 641 84 877 [200] 978 92061 79
 213 317 492 539 97 99 831 58 955 93026 43 192 304
 93 342 50 67 95 484 552 85 [150] 661 100 88 959
 94005 350 405 514 51 724 813 976 95180 328 52
 506 12 36 42 665 721 926 [150] 96177 236 424 62
 743 841 921 92 97012 72 449 839 707 853 95075
 100 222 372 641 705 15 971 99111 [100] 441 809

100001 100 280 33 83 222 345 469 75 611 904 89
 101041 104 262 375 40 1 9 350 81 415 782 923 31 99
 102107 [150] 425 84 876 [150] 103501 [100] 103 22
 204 529 727 885 917 1040901 112 93 297 394 440 632
 990 105147 381 87 [100] 453 528 613 97 840 93
 106251 368 476 96 518 40 838 107221 84 823 974
 768 80 [150] 825 108492 857 75 80 927 806 24 903
 109067 256 318 [100] 452 660 638 41 [150] 734 90
 110065 71 [100] 215 245 64 672 734 85 88 111552
 96 238 68 78 81 353 78 414 64 671 887 909 112657
 08 340 61 429 95 729 850 [100] 991 113477 [100]
 08 556 97 610 36 743 39 86 80 94 979 85 30 114090
 61 82 186 97 202 466 688 844 905 115000 18 352 618

25 65 804 849 97 116173 253 339 518 53 671 713 18
 23 64 895 117071 64 851 60 760 906 67 118289 311
 41 457 83 506 632 708 964 119039 49 80 111 55 263
 95 737

120015 74 101 33 93 312 429 59 74 512 56 670
 790 935 121171 [300] 240 408 821 921 122006
 119 45 208 650 40 96 77 806 63 66 70 123122 27
 221 302 432 77 807 17 98 721 124097 259 72 95 308
 454 [100] 587 628 761 810 45 125076 351 150 419 705
 126110 330 34 63 414 34 505 639 43 857 127080 313
 30 494 534 73 888 988 128023 49 97 178 82 233 80
 537 537 708 48 66 893 943 129338 62 [100] 402 92
 94 530 622 24 40 50 796

130009 17 96 257 84 722 940 62 131135 550 [150]
 85 838 99 132000 5 [100] 10 16 341 [100] 52 449 732
 974 132818 80 97 302 5 6 84 596 650 853 134018
 42 61 301 558 712 86 863 135062 77 201 79 92 338
 401 30 60 544 603 722 829 136106 71 86 345 496
 786 391 137822 906 21 36 138109 28 37 312 82
 418 43 813 86 [100] 646 53 789 816 968 139901 205
 97 470 825 85 431 703 988

140038 58 77 177 81 307 15 [200] 38 58 442 517
 83 961 794 837 37 141007 164 88 229 [300] 71 395
 593 96 619 90 792 142002 110 338 51 384 655 738
 [100] 961 929 143158 65 319 518 600 63 703 901
 959 144060 77 189 389 690 760 824 902 145199
 273 328 63 498 555 348 [100] 14670 300 319 83 97
 521 623 706 12 [200] 38 58 147213 346 84 526 832
 148068 70 108 278 320 476 655 625 55 882 896
 149116 38 55 294 333 82 436 56 72 92 711 844 944
 150037 318 62 418 562 99 860 151011 [100]
 127 256 308 469 84 83 582 683 734 152186 447 678
 805 77 [10 000] 918 34 153355 475 574 154306
 62 602 832 155401 737 898 951 156006 97 113 31 80
 548 88 684 91 768 87 894 [150] 85 157601 97 254 47
 496 557 616 94 860 930 158022 341 432 529 81 95
 678 82 785 870 [100] 159067 122 84 228 335 [300]
 497 605 75 780 46 70 808

160063 212 334 445 716 917 19 161105 218 604
 31 35 794 954 60 162046 63 247 300 574 803 918
 61 38082 336 [100] 280 430 [100] 583 789 867 164022
 87 197 325 442 440 694 896 [100] 165108 222 435 519
 621 538 166351 71 407 603 818 167067 183 90 373
 447 546 67 62 650 81 [100] 880 962 69 168161 496
 673 56 961 [150] 169128 41 323 489 505 29 737 63
 82 527

170067 96 243 405 595 798 934 171091 196 230
 380 446 49 713 93 817 22 23 [300] 927 172065 240
 44 334 490 509 786 943 173019 67 72 101 220 67
 76 315 588 87 695 779 828 33 40 55 174063 57 98
 183 238 513 611 [100] 95 [100] 847 930 175123 42
 65 [100] 206 25 34 354 81 471 617 81 832 33 176010
 110 59 54 289 410 48 690 92 822 48 973 177189 233
 82 79 374 445 544 66 77 [100] 781 885 922 63 178090
 36 [100] 366 70 329 68 423 643 54 [100] 817 66
 179613 179 266 302 478 596 [300] 638 735 957 82
 180000 104 231 [100] 41 280 360 402 505 654
 705 977 181004 203 900 513 640 832 924 182121
 216 58 445 54 88 518 90 [150] 760 37 99 910 67 85
 183173 397 169 [100] 72 740 42 184107 37 69 87
 185032 367 101 121 311 453 540 647 942 186094 189
 272 590 652 731 34 825 77 187365 21 26 27 67 309
 426 32 72 547 84 707 915 42 188383 530 52 635 [200]
 97 709 598 914 189043 186 92 283 329 53 416 22 67
 399 942

190071 214 437 58 579 698 882 191027 101 242
 66 368 86 95 470 556 [100] 602 832 39 59 192448
 578 703 44 943 193049 149 [100] 51 313 [100] 99 403
 194054 288 42 29 652 [300] 195100 234 35 76
 313 77 667 798 [150] 928 196008 224 84 308 44 906
 44 73 976 92 197038 [100] 279 320 529 614 791 96
 853 940 198067 22 46 63 136 56 433 696 39 35 629
 [150] 34 939 199037 95 132 37 59 227 358 81 529 611
 77 994

200049 73 502 67 944 201571 763 838 202117
 21 450 355 73 703 849 79 95 203007 146 51 296 327
 320 46 204106 92 306 85 569 632 [100] 772 966 29
 205306 406 13 571 607 723 23 44 58 974 206028 47
 98 106 87 465 573 77 678 837 983 [100] 207011 47
 91 146 289 [100] 869 608 892 924 208147 296 454
 327 67 650 773 209114 332 [100] 99 528 66 603 729
 886 877

210016 177 208 335 50 [100] 437 508 43 58 709
 40 840 84 [300] 900 211063 916 58 81 93 212233
 370 452 575 84 [100] 648 [100] 828 213198 428 583
 92 733 850 914 33 214084 448 527 64 783 820 67 941
 215167 81 209 83 380 488 652 746 836 912 53 216182
 415 629 743 217079 179 821 409 643 [200] 47 73 737
 49 55 832 92 218005 [300] 72 305 541 54 79 963 74
 65 219054 74 209 66 380 97 415 63

220019 [300] 34 232 78 [100] 685 772 86 221257
 481 576 93 606 530 630 634 76 [200] 222311 616
 894 222029 626 60 851 69 85 224079 136 [100] 224
 36 410 753 80

Im Vereinsrathe verbleiben: 1 Gewinn zu 80 000 RM,
 1 zu 4000 RM, 1 zu 2000 RM, 3 zu 1000 RM, 9 zu 400 RM.

1. Ziehung 1. Klasse 207. Rgt. Preuss. Lotterie.
 Ziehung am 8. Juli 1902, nachmittags,
 Kommissar des GO RZ. hat den hiesigen
 Kommissar in Klammern beigefügt.
 (Ohne Gewähr.)

137 [100] 59 224 449 635 389 1068 331 515 33 40 611
 85 853 2026 46 60 292 403 91 546 622 76 711 81 803 15
 3212 586 793 857 60 4173 405 654 898 524 42 5029
 94 200 [100] 80 553 685 743 30 859 90 6000 66 441 638
 80 83 7435 38 45 736 810 940 55 8083 184 99 347 815
 22 39 90 9008 48 56 70 103 11 59 212 363 [100] 409 917
 617 706 56 99 804 912 41

10145 92 592 714 823 976 11062 [100] 180 211
 20 59 340 552 635 12068 110 13 70 222 331 421 [150]
 602 29 702 981 [100] 67 109 37 [500] 446 63 528 749 849
 14168 301 63 [100] 84 15073 103 241 619 41 804 37
 916 16097 210 32 329 403 807 963 [170] 386 410 999
 702 880 964 76 18019 79 181 257 87 608 94 700 10 898
 19254 490 521 24 67 805 970

200037 188 438 63 513 604 50 65 729 96 825 907
 21050 85 268 77 327 482 589 626 732 49 [200] 69 12001
 83 22029 64 180 83 742 838 903 76 23121 379 602
 735 24283 344 [150] 526 635 747 63 98 994 25102 23
 383 814 628 98 819 26072 84 299 537 636 38 60 96 865
 27009 71 367 71 92 436 52 507 603 51 730 845 923 63
 22942 83 146 308 69 497 573 634 85 29006 149 289
 347 451 517 [100]

30224 426 838 936 83 31142 267 342 540 664 82
 99 32072 117 80 206 300 525 674 33181 62 418 65
 [200] 600 46 767 90 84 821 31 922 34940 66 105 444
 515 [100] 53 725 64 35060 [300] 71 264 264 427 37 714
 57 54 835 917 30009 [100] 97 134 253 79 344 64 419
 617 94 823 76 806 972 82 37038 71 211 24 [100] 98
 376 458 504 12 93 686 714 38170 88 686 90 [100] 879
 608 52 808 54 851 74 91 39424 540 85 830 73 791 820 29

40130 59 329 649 72 777 925 41093 179 233 37 62
 611 62